

Editorial

Auch das Jahr 2020 ist ein Jahr der Jubiläen und des Erinnerns. Zuallererst gedenken wir des 8. Mai 1945 als des Tages der Befreiung vom Faschismus. Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition über die faschistische Barbarei und die Einnahme Berlins durch die Rote Armee beendeten zwölf Jahre der furchtbarsten Diktatur, sechs Jahre des Vernichtungskrieges und den Holocaust an den europäischen Juden. Sich heute dieses Datums zu erinnern, ist umso mehr von großer Wichtigkeit, als alte Feindbilder gegen Russland wieder neu belebt werden. „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Der Schwur von Buchenwald darf nicht vergessen werden.

Im März 1920 putschten rechtsnationalistische Politiker und Militärs gegen die junge Weimarer Republik. Der „Kapp-Lüttwitz-Putsch“ wurde von der Arbeiterbewegung mit geeinter Kraft nach fünf Tagen des Generalstreiks zurückgeschlagen, im Ruhrgebiet kämpften Arbeiter für eine Einlösung der noch offenen Forderungen der Revolution von 1918/19. Die „Märzrevolution“ 1920 wurde von Reichswehr und Freikorps blutig niedergeschlagen. Hier finden sich eindeutige Spuren jener Entwicklungen, die mit dem 30. Januar 1933 beginnend Europa in die Katastrophe stürzten. Die „Mitteilungen“, aber auch unsere weiteren Aktivitäten des Jahres 2020 werden sich diesen Ereignissen widmen. Die von Erwin Lewin eingeleiteten und in deutscher Sprache erstmals veröffentlichten Dokumente zur Rettung jüdischer Flüchtlinge in Albanien zeigen die große Solidarität, die in finsterster Zeit Menschenleben rettete.

August Bebel, die große Führungspersönlichkeit der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, wäre am 22. Februar 180 Jahre alt geworden. Ein besonderer Lektüre-Leckerbissen ist eine Bebel-Erinnerung an Auseinandersetzungen mit Vertretern des ADAV während des Deutsch-Französischen Krieges im August 1870 in Leipzig, die Eckhard Müller präsentiert. Umso trauriger ist es, dass wir am 25. November 2019 von der Bebel-Biographin und Mitherausgeberin seiner „Ausgewählten Reden und Schriften“, Prof. Dr. Ursula Herrmann, Abschied nehmen mussten, die im 88. Lebensjahr verstarb. Sie war von Beginn an Mitglied unseres Förderkreises.

Glückwünsche an unseren Kollegen und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“, Prof. Dr. Siegfried Prokop, der just am 22. Februar 2020 80 Jahre alt wurde. Ein Interview mit ihm findet der Leser in diesem Heft.

Herausgeber und Redaktion

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser langjähriger Vereinsvorsitzender Dr. Reiner Zilkenat plötzlich und unerwartet kurz vor seinem 70. Geburtstag verstorben ist. Wir trauern um ihn. Einen Nachruf finden Sie auf Seite 46 f.

INHALT

| | |
|---|----|
| Editorial | 1 |
| <i>Herausgeber</i> | |
| | |
| Archive und Bibliotheken | |
| Arbeitergeschichte im Keller? Zur Bedeutung der Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung in Skandinavien für die Arbeitergeschichte | 4 |
| <i>Silke Neunsinger</i> | |
| Das APO-Archiv im Universitätsarchiv der FU Berlin | 11 |
| <i>Rainer Holze</i> | |
| | |
| Besondere Zeitdokumente | |
| Eine Bebel-Erinnerung an Auseinandersetzungen mit Vertretern des ADAV während des Deutsch-Französischen Krieges im August 1870 in Leipzig | 15 |
| <i>Eckhard Müller</i> | |
| Zeitgenössische Quellen über die Rettung jüdischer Flüchtlinge in Albanien während des Zweiten Weltkrieges | 18 |
| <i>Erwin Lewin</i> | |
| | |
| Informationen | 25 |
| | |
| Tagungen und Konferenzen | |
| 29. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 30. April 2019 | 26 |
| <i>Günter Benser</i> | |
| „Arbeiten auf dem Land: AkteurInnen, Gesellschaften und Umwelten“. Bericht von der 55. ITH-Konferenz in Linz vom 5.–7. September 2019 | 28 |
| <i>Holger Czitrich-Stahl</i> | |
| Die 50. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (Alcalá de Henares, 11.–14. September 2019) | 30 |
| <i>Christian Koller</i> | |
| Vereitelte Chancen. Nachdenken über die „doppelte Staatsgründung“ 1949 und die Abwicklung der DDR 1989/90 | 31 |
| <i>Holger Czitrich-Stahl</i> | |
| | |
| Neues aus der Forschung | |
| Promotionsprojekt: „Eduard Bernstein (1850–1932). Leben und Werk“ | 35 |
| <i>Klaus Leesch</i> | |

Vorträge

Die Agitation für Frieden und Demokratie durch die im Ersten Weltkrieg nach Holland desertierten Linkssozialisten Carl Minster und Wilhelm Pieck und ihre Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst, 1917, 1918
Ottokar Luban 38

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2019 41

Personalien

Dr. Reiner Zilkenat (20. Mai 1950 – 26. Februar 2020). Ein Historiker und Antifaschist mit Leib und Seele ist von uns gegangen.
(Günter Benser/Holger Czitrich-Stahl) 46

Zum 80. Geburtstag von Dr. Rainer Holze *(Holger Czitrich-Stahl)* 48

Aktivitäten von Vereinsmitgliedern

Interview mit Prof. Dr. Siegfried Prokop
Rainer Holze/Holger Czitrich-Stahl 49

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

André Biederbeck: Das Dortmunder Arbeitermilieu 1890–1914. Zur Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung einer sozialistischen Identität *(Thilo Scholle)* 54

Lothar Wieland: Hans-Georg von Beerfelde (1877–1960) und die Revolution der Wahrheit. Unter Mitwirkung und mit einem Geleitwort von Helmut Donat *(Kurt Wernicke)* 56

Andreas Fisahn/Thilo Scholle/Ridvan Ciftci (Hrsg.): Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus.
(Holger Czitrich-Stahl) 61

Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR. Bd. I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945–1957; Bd. II: Kultur in der Bildungsgesellschaft 1957–1976; Bd. III: Kultur in der Konsumgesellschaft 1977–1990 *(Günter Benser)* 63

Eberhard Aurich: Zusammenbruch. Erinnerungen, Dokumente, Einsichten.
(Kurt Wernicke) 67

Wolfgang Harich: Nicolai Hartmann. Der erste Lehrer. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 10. Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer *(Siegfried Prokop)* 69

Christoph Stamm: Wem gehören die Akten der SED? Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nach 1990 *(Günter Benser)* 70

Archive und Bibliotheken

Arbeitergeschichte im Keller?

Zur Bedeutung der Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung in Skandinavien für die Arbeitergeschichte¹

In wenigen anderen Teilen der Welt ist die Entwicklung der Arbeitergeschichte so eng mit der Entwicklung der Archive und Bibliotheken verbunden wie in Skandinavien und insbesondere in Schweden. In Skandinavien gründeten die Arbeiterbewegungen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts nationale Bibliotheken und Archive, die heute zu den ältesten in der Welt zählen. Dazu gehören auch die regionalen Archive für sozialen Bewegungen (*folkrörelsearkiv*), die seit den 1970er Jahren entstanden sind und die Bestände der lokalen und regionalen Organisationen der Arbeiterbewegung verwalten. Heute gehören die Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung zu den größten privaten Archiven in den skandinavischen Ländern. Die Bestände dieser Institute beeinflussen seit langem die Entwicklung der Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der ArbeiterInnen und der Arbeit. Inzwischen sind neben den archivalischen Beständen auch der systematische weltweite Erwerb von Literatur und Zeitschriften, die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Konferenzen und die Veröffentlichung eigener Zeitschriften und Bücher zentrale Tätigkeitsbereiche für die skandinavischen Institute.

Gemeinsame Initiative

Die Geschichte der skandinavischen Institute für Arbeitergeschichte ist von Beginn an eine Geschichte der Verflechtung. Sie spiegelt die enge Zusammenarbeit der Skandinavischen Arbeiterbewegungen wider. Das Archiv und die Bibliothek der schwedischen Arbeiterbewegung (*Arbe-tarrörelsens arkiv och bibliotek*, ARAB), gegründet im Jahr 1902, ist das weltweit älteste existierende Institut seiner Art. Die Gründung des norwegischen Geschwisterinstituts (*Arbeiderbevegelsens arkiv og bibliotek*, ARBARK) im Jahre 1908 war das Ergebnis eines Besuchs der Füh-

¹ Teile dieses Beitrages sind in der Einleitung des Sammelbandes *Labour, Unions and politics under the North Star. The Nordic countries 1700–2000*, herausgegeben von Mary Hilson, Silke Neunsinger und Iben Vyff, in englischer Sprache veröffentlicht worden. Ich möchte mich bei Mary Hilson, Iben Vyff, Ragnheiður Kristjánsdóttir, sowie Klaus Misgeld (†), Martin Grass, Anette Eklund Hansen, Wilfried Nagel, Pirjo Markkola und Knut Kjeldstadli herzlich für ihre Hilfe bedanken.

rungsschicht der norwegischen Arbeiterbewegung im schwedischen Institut im Jahre 1904 oder 1905.² Die dänische Bibliothek und das Archiv der Arbeiterbewegung (Arbejderbevægelsens bibliotek og arkiv, ABA) und das finnische Arbeiterarchiv (Työväen Arkisto, TA) wurden beide im Jahr 1909 gegründet. Diese Institute wurden nicht von professionellen Historiker*innen, Bibliothekar*innen und Archivar*innen gegründet, sondern von der damaligen Führungsriege der Arbeiterbewegung, was auf die Bedeutung dieser Institute für die damalige Arbeiterbewegung hinweist. Es ist bemerkenswert, dass die damals noch junge Arbeiterbewegung sich bereits so früh um die Dokumentation ihrer eigenen Geschichte bemühte und das zu einem Zeitpunkt, an dem diese Bewegung sich noch mehr für Revolutionen als für Traditionen interessierte.³

Laut der ersten Statuten des ARAB war es die Aufgabe des Instituts, Material zu sammeln und zu bewahren, um die notwendige „Gegengeschichte“ der Bewegung einschließlich der Arbeit und des Erfolgs der skandinavisch-amerikanischen Arbeiterbewegung gegen die bürgerliche nationalistische akademische Geschichtsschreibung, zu schreiben.⁴

Einer der Gründe für diese verflochtene historische Entwicklung waren die skandinavischen Arbeiterkongresse. Während des Kongresses der skandinavischen Arbeiterbewegung im Jahre 1907 diskutierten die Delegierten den Bedarf eines skandinavischen Informationsbüros, ähnlich des Informationsbüros der Zweiten Internationale, um statistisches Material zu sammeln und ihre Mitglieder zu informieren und auszubilden. Die Arbeiterpresse wurde, laut Aussage der Delegierten, dieser Aufgabe nicht gerecht. Ein Informationsbüro wurde jedoch niemals gegründet, stattdessen wurde im November 1908 ein Archiv in Oslo gegründet.⁵

Die Situation in Finnland unterschied sich von der in Dänemark, Schweden und Norwegen aufgrund der politischen Geschichte des Landes. Die Archivbestände der Kommunistischen Partei befinden sich im

² K. E. Eriksen, S. Halvorsen and E.A. Terjesen, 'Arbejderbevægelsens arkiv og bibliotek gennem 100 år', *Arbejderhistorie Årbok for arbejderbevægelsens arkiv og bibliotek*, 12. Siehe auch M. Grass. 1992–93 'Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek – i Sverige, i Norden, i Europa. ARAB förebilden', *Arbetarhistoria* 63–65, 54–58; T. Bergh. 1992–93. 'Nordisk samarbete från norsk horisont', *Arbetarhistoria* 63–65, 59–62. Die Kürzel sind neueren Datums und wurden erst seit Ende der 1990er Jahre benutzt.

³ Eriksen, Halvorsen and Terjesen, 'Arbejderbevægelsens arkiv', 9–10.

⁴ Ich möchte mich bei Martin Grass für diese Information bedanken.

⁵ Grass, 'Från arbetarkongress till samarbetskommitté'. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die skandinavischen Berufssekretariate gegründet, wie der Skandinavische Verband der Transportarbeiter oder die Union der Nordischen Textilarbeiter. Diese sind bislang wenig erforscht; siehe jedoch A. Uhlén. 1957. *Skandinaviska transportarbetarefederationen 1907–1957: historic*, Helsingborg: Skandinaviska transportarbetarefederationen; K.E. Persson & C. Högmark. 1995. *Nordiska beklädnadsarbetareunioner 1897–1993*, Stockholm: Nordiska industriarbetarefederationen.

Volksarchiv (Kansanarkisto), das 1945 gegründet wurde. Heute befinden sich die beiden finnischen Archive, das der sozialdemokratischen und jenes der kommunistischen Arbeiterbewegung im gleichen Gebäude und teilen eine gemeinsame Website mit einer Reihe von Arbeitermuseen, einschließlich des Arbeitermuseums Werstas in Tampere.

Die Situation der Archive in Island ist mit den anderen skandinavischen Ländern nicht zu vergleichen. Die Bestände des isländischen Gewerkschaftsverbandes Alþýðusamband Íslands befinden sich im isländischen Nationalarchiv. Die Bestände der sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien sind bis heute nicht an ein Archiv geliefert worden und deshalb auch nicht so zugänglich für die Forschung wie in den anderen skandinavischen Ländern.

Die Bestände der skandinavischen Institute beinhalten das Material aller linken Parteien, der Gewerkschaften, die den zentralen Gewerkschaftsverbänden angeschlossen sind, linker sozialer Bewegungen sowie die Nachlässe von Personen, die in diesen Organisationen tätig waren. In Norwegen, Dänemark und Finnland befinden sich auch die Bestände der Konsumgenossenschaften in den Instituten. Der schwedische Genossenschaftsverband (KF) gründete 1927 sein eigenes Archiv und seine eigene Bibliothek.⁶

Allen Instituten gemeinsam war auch die Ambition, Arbeiter*innen zur Lektüre über den internationalen Sozialismus in Form von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen zu inspirieren. Gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterbildung galten die Institute bis in die 1970er Jahre als wichtige Bildungseinrichtungen für die Arbeiterbewegung.⁷ Die Institute spielten auch eine wichtige Rolle im Austausch von Informationen innerhalb Skandinaviens. Informationen und wichtige Publikationen wurden an alle Institute geschickt und der regelmäßige Austausch von Veröffentlichungen findet bis heute statt.⁸

⁶ M. Hagström. 2002. *KF Bibliotek – 75 år i konsumentkooperationens tjänst*, Stockholm: KF Bibliotek, download 27 April 2016 from www.mersmak.kf.se/upload/KFBibliotek75_jubelskrift.pdf. In Dänemark und Finnland entstanden getrennte genossenschaftliche Organisationen für Bauern und Arbeiter. In Finnland befinden sich die genossenschaftlichen Bestände der progressiven Genossenschaften und ihrer Zentralverbände KK und OTK im Arbeiterarchiv. Das Dänische ABA verwahrt die Bestände des *Det kooperative Fællesforbund* und nahestender Organisationen. See H. Grelle. 2012. *Det kooperative alternative: Arbejderkooperationen i Danmark 1852–2012*, København: Arbejdermuseet.

⁷ Eriksen, Halvorsen and Terjesen, 'Arbejderbevegelsens arkiv', 25.

⁸ M. Grass and H. Larsson. 2002. *Labour's Memory: The Labour Movement Archives and Library, 1902–2002*, Stockholm: Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, 17–18.

Quellen und Quellenproduktion

Der Zugang zu Quellen und Literatur ist zentral für die Wahl eines Forschungsthemas und beeinflusst auch die Wahl der Methode und der Perspektive. Die frühe Arbeitergeschichte war auch in Skandinavien in erster Linie eine Organisationsgeschichte. Häufig wurde sie im Zusammenhang mit Jubiläen, oft auch von der Arbeiterbewegung selbst, verfasst. Während der 1980er Jahre, als die skandinavischen Arbeiterbewegungen ihre 100jährigen Jubiläen feierten, gab es ein Revival dieser Organisationsgeschichte. Aber die skandinavischen Institute verwahren nicht nur die Bestände, die von Organisationen geliefert werden, sondern tragen auch zur eigenen Quellenproduktion bei. Im Jahre 1949, unter der Leitung des norwegischen Historikers Edvard Bull (d.J.), plante das norwegische ARBARK Interviews mit gewöhnlichen Arbeiter*innen. Ein Teil der Interviews wurde vom Norwegischen Volksmuseum (*Folkemuseum*) durchgeführt. Ein ähnliches Projekt gab es auch am Nationalmuseum in Stockholm. Bulls Initiative war der Versuch, den Fokus der Arbeitergeschichte von der Führungsriege der Arbeiterbewegung auf die Mitglieder der Bewegung zu richten und wurde 1985 auch zum ersten Mal benutzt, als die norwegische Arbeiterbewegung den ersten Teil ihrer offiziellen Chronik veröffentlichte.⁹

In den 1940er Jahren initiierte der schwedische Gewerkschaftsverband LO eine Geschichte der schwedischen Arbeiterklasse, deren Zeitrahmen und Definition der Arbeiterklasse im Vergleich zu früheren und darauffolgenden Abgrenzungen erstaunlich breit und inklusiv angelegt war. Ein ganzer Band war den mittelalterlichen Handwerkern gewidmet. Das Werk umfasste auch eine Analyse der Proto-Industrialisierung, der Geschichte der Landarbeiter und eine Studie über die kulturellen Ausdrücke der Arbeiterklasse.¹⁰

In Finnland begann die Arbeit auf Initiative und unter der Aufsicht des finnischen Arbeiterbildungsverbandes (*Työväen Sivistysliitto/Arbetarnas Bildningsförbund*), ursprünglich um die Erinnerungen der Arbeiter an den finnischen Bürgerkrieg von 1918 zu dokumentieren. Diese Sammlung findet sich heute im TA und deckt viele Aspekte der finnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts ab.¹¹

⁹ Eriksen, Halvorsen and Terjesen, 'Arbeiderbevegelsens arkiv', 29ff.

¹⁰ L. Edgren and L. Olsson. 1991. 'Arbetare och arbetsliv: Svensk arbetarhistorisk forskning', in K. Misgeld & K. Åmark (eds), *Arbetsliv och arbetarrörelse. Modern historisk forskning i Sverige*, Stockholm: Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek, 7.

¹¹ Download 23. März 2016 <http://www.tyark.fi/muistitieto.htm>.

In Dänemark wurden einfache Arbeiter über ihre Schulzeit und ihr Arbeitsleben interviewt. Das dänische Nationalmuseum (*Nationalmuseet*) übernahm, mit der Unterstützung der Gewerkschaften, die Verantwortung für die Zusammenstellung von Erinnerungen an die Arbeitsmigration der betroffenen Arbeiter*innen und Handwerker*innen. Seit den 1980er Jahren sind die Erinnerungen von Arbeiter*innen eine wichtige Quelle zur Alltagsgeschichte geworden.¹²

Akademische Wende

Im Laufe der Zeit hat sich die enge Beziehung der Institute und der Arbeiterbewegung verändert. Sie sind weiter auseinandergerückt, und die Institute haben sich stattdessen den Universitäten und Hochschulen angenähert. Und dies gilt nicht nur inhaltlich, sondern auch geografisch: Mit der Ausnahme des norwegischen ARBARK sind inzwischen alle Institute von den zentralen roten Plätzen der Arbeiterbewegung in der Innenstadt der skandinavischen Hauptstädte weggezogen. Die Anzahl der Angestellten ist zurückgegangen, und die Archive und Bibliotheken sind moderne Dokumentationszentren geworden.¹³ In der Zwischenzeit haben die Gewerkschaftsverbände eigene Forschungsabteilungen eingerichtet, die mit aktuellen akademischen Methoden arbeiten.

Die Arbeitergeschichte hat sich in ganz Skandinavien zu einem etablierten Bereich der akademischen Forschung gewandelt. Das Gästebuch des Norwegischen ARBARKs aus dem Jahre 1910 zeigt, dass die damaligen Besucher*innen gewöhnliche Arbeiter*innen und die Führungsriege der Arbeiterbewegung waren, wohingegen heute die meisten Besuch*innen Student*innen, Forscher*innen und Journalist*innen aus der ganzen Welt sind.

In Schweden und Norwegen haben sich die Institute bewusst den Universitäten und Hochschulen genähert, was dazu geführt hat, dass ein Geschichtsstudium eine Voraussetzung für die Leitung des Instituts geworden ist.¹⁴ Seit den 70er Jahren überwiegt die Zahl der Akademiker*innen unter den Besucher*innen, was das steigende Interesse für die Nachkriegszeit widerspiegelt. Jedoch sind inzwischen auch Journalist*innen und Künstler*innen häufige Besucher*innen. Nachlässe sind

¹² H. Grelle, '100 år med bøger og arkivalier', in H. Abildgaard & H. Grelle (eds). 2008. *Årbog 2008*, København: Arbejdermuseet and Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv, 15; M. Rostgaard & A.E. Hansen. 1992. 'Signalement af forskningen i arbejdslivets historie i Danmark', *Årbog for arbejderbevægelsens historie* 22, 15–33. Ich bedanke mich bei Knud Knudsen für diese Information.

¹³ Eriksen, Halvorsen and Terjesen, 'Arbejderbevægelsens arkiv'.

¹⁴ Eriksen, Halvorsen and Terjesen, 'Arbejderbevægelsens arkiv', 33; Grass & Larsson, *Labour's Memory*, 28.

inzwischen auch von wachsender Bedeutung für Studien zu politischen Entwicklungen.¹⁵

In Dänemark hat das wachsende wissenschaftliche Interesse für Arbeitergeschichte 1970 zur Gründung des Vereins zur Forschung der Geschichte der Arbeiterbewegung (*Selskabet til Forskning i Arbejderbevægelsens Historie, SFAH*) geführt. Das Dänische ABA entschied sich dafür, kein Forschungsinstitut zu werden, und aus diesem Grund übernahm die SFAH die Publikation wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in ihrer Zeitschrift.¹⁶ Mit dieser akademischen Wende stellten die Parteien und die Gewerkschaften Historiker*Innen an, um die Geschichte ihrer Organisationen zu erforschen.¹⁷

Der finnische Verein zur Arbeitergeschichte (*Työväen historian ja perinteen tutkimuksen seura*) wurde 1984 in Tampere gegründet. Ziel des Vereins war es von Anfang an, eine gemeinsame Plattform für Historiker*innen, Ethnologen und Volkskundler*innen, sowohl akademische als auch andere Forscher*innen zu schaffen. Die Veröffentlichungen des Vereins haben auch dazu beigetragen, die Ergebnisse dieser Forschung außerhalb Finnlands zu verbreiten.¹⁸

1974 fand die erste skandinavische Arbeiterhistorikerkonferenz in Finnland statt. Diese wissenschaftliche Konferenz wurde von den Instituten koordiniert. Sie fanden bis 2004 regelmäßig statt. Seit 2016 finden

¹⁵ Eriksen, Halvorsen & Terjesen, 'Arbejderbevægelsens arkiv', 41. So zum Beispiel die umfassenden Nachlässe von Gunnar und Alva Myrdal oder von Olof Palme in Stockholm, die von Forscher*innen aus der ganzen Welt benutzt werden.

¹⁶ Information zu den Zeitschriften stammen von den Websites der SFAH <http://sfah.dk/om-sfah/>, download 15. März 2015. Für einen kurzen historischen Abriss siehe V.O. Nielsen. 1990. 'SFAHs historie – baggrund, start og udvikling', in N.O.H. Jensen et al., *Fremad, ad nye veje: bidrag til diskussionen om arbejderhistorien i 1990'erne*, København: SFAH, 215–30.

¹⁷ Zum Beispiel wurden sämtliche Chroniken im Zusammenhang mit den Einhundertjahrfeiern der Gewerkschaftsverbände von Akademiker*innen verfasst. Diese umfassen u.a. die zehnbändige Geschichte des schwedischen Gewerkschaftsverbandes LO, initiiert durch ein Forschungsprojekt des Wirtschaftshistorikers Lars Magnusson. Zur Geschichte des norwegischen Gewerkschaftsverbandes LO siehe F. Olstad. 2009. *Med knyttet neve: LO:s historie 1899–1935*, Oslo: Pax; I. Bjørnhaug. 2009. *Medlemsmakt og samfunnsansvar: LO:s historie, 1935–1969*, Oslo: Pax, 2009; T. Bergh. 2009. *Kollektiv fornuft: LO:s historie, 1969–2009*, Oslo: Pax. Zur Geschichte des Dänischen Gerwerkschaftsverbandes siehe H. Tjørnehøj. 1998. *Fremad og atter fremad... LO:s historie 1871–1960*, vol. 1, København: LO; H. Grelle (ed.). 1998. *I takt med tiden: LO:s historie 1960–1997*, vol. 2, København: LO. Für Island siehe S. Ísleifsson, *Saga Alþýðusambands Íslands*. Für den finnischen Gewerkschaftsverband SAK siehe P. Ala-Kapee & M. Valkonen. 1982. *Yhdessä elämä turvalliseksi. SAK: laisen ammattiyhdistysliikkeen kehitys vuoteen 1930*, Helsinki: SAK; M. Valkonen. 1987. *Yhdessä elämä turvalliseksi. Suomen Ammattiyhdistysten Keskusliitto 1930–1947*, Helsinki: SAK; T. Bergholm. 2005. *Sopimussyhteiskunnan synty I. Työehtosopimusten läpimurrosta yleislakoon. SAK 1944–1956*, Keuruu: Otava; T. Bergholm. 2007. *Sopimussyhteiskunnan synty II. Hajaannuksesta tulopolitiikkaan. SAK 1956–1969*, Keuruu: Otava; T. Bergholm. 2012. *Kohti tasa-arvoa. Tulopolitiikan aika I. SAK 1969–1977*, Keuruu: Otava.

¹⁸ Website des finnischen Vereins für Studien der Arbeitergeschichte und Traditionen *Työväen historian ja perinteen tutkimuksen seura*: <http://www.thpts.fi/mika-thpts/about-the-fslh/>, download 16. März 2015. Zur Geschichte des Vereins und der Entwicklung der finnischen Arbeitergeschichte siehe P. Markkola. 2013. 'The Nordic and Gendering Dimensions of Labour History in Finland', in H. Haggrén, J. Rainio-Niemi and J. Vauhkonen (eds), *Multi-Layered Historicity of the Present: Approaches to Social Science History*, Helsinki: Department of Political and Economic Studies, 33–46.

die Konferenzen wieder statt. Nach der letzten Konferenz in Reykjavik wird die nächste Konferenz im November 2020 in Kopenhagen stattfinden.¹⁹

Zeitschriften und Jahrbücher

Der Aufschwung der Arbeitergeschichte in den 1970er Jahren spiegelt sich auch in der Gründung der arbeiterhistorischen Zeitschriften wider. 1972 wurde in Schweden die Zeitschrift *Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia* von einer Gruppe linker Akademiker*innen in Lund gegründet.²⁰ Die Zeitschrift *Arbetarhistoria*, gegründet im Jahr 1977, war zunächst als Infoblatt des schwedischen ARAB gedacht, wurde jedoch bald die führende Zeitschrift, die eine Brücke zwischen akademischer Forschung und populärwissenschaftlichem Interesse bildete.²¹ Die norwegische Zeitschrift *Arbeiderhistorie* wurde 1976 gegründet und erscheint seit 1987 als Jahrbuch. Zwischen 1971 und 1994 veröffentlichte die dänische SFAH sowohl das Jahrbuch *Årbog for arbejderbevægelsens historie* und die Zeitschrift *Meddelelser om forskning i arbejderbevægelsens historie*, die seit 1982 in *Arbejderhistorie* umbenannt worden ist. Die finnische Zeitschrift *Työväen tutkimus* erschien zum ersten Mal 1987 als ein gemeinsames Projekt der beiden Archive und Bibliotheken. Seit 1992 erscheint sie als Jahrbuch.²²

Finanzierung

Die akademische Wende zeichnete sich auch in der Finanzierung der Institute ab. Seit Ende der 1960er Jahre erhielt das schwedische ARAB staatliche Beiträge, um diese wissenschaftliche Wende zu finanzieren. Eine ähnliche Veränderung fand auch in Norwegen und Dänemark 1971 statt. Das norwegische ARBARK wird immer noch weitgehend von der norwegischen Arbeiterbewegung finanziert. 30 Prozent der Kosten werden über staatliche Zuschüsse finanziert, das schwedische ARAB finanziert 40 Prozent seiner Kosten über staatliche Zuschüsse, und die finnischen Archive finanzieren sich mit über 70 Prozent aus staatlichen Zu-

¹⁹ Eriksen, Halvorsen and Terjesen, 'Arbeiderbevegelsens arkiv', 43. Zur Konferenz in Reykjavík siehe <http://www.nordiclbourhistory.org/>, download 26. April 2016.

²⁰ Website der Zeitschrift *Arkiv*: <http://www.tidskriftenarkiv.se/index.php/hem>, download 15. März 2015. Die Veröffentlichung der Zeitschrift wurde zunächst 2009 eingestellt, wurde jedoch 2013 mit dem Titel *Arkiv: Tidskrift för samhällsanalys* (Archiv: Zeitschrift für gesellschaftliche Analyse) wieder aufgenommen.

²¹ Website of *Arbetarhistoria*: www.arbetarhistoria.se, download 15. März 2015.

²² Website des *Työväentutkimus*: <http://www.tyovaenperinne.fi/tyovaentutkimus/>, download 16. März 2015. Diese Zeitschrift wird von mehreren Instituten, einschliesslich der beiden Archive, des Vereins für die Studien der Arbeiterschichte und der Traditionen, sowie dem Leninmuseum und dem Arbeitermuseum Werstas, veröffentlicht.

schüssen. 2004 wurde das dänische ABA mit dem Arbeitermuseum (Arbejdermuseet) zusammengelegt, um Kosten einzusparen.

In allen skandinavischen Ländern stehen die arbeiterhistorischen Institute vor denselben Herausforderungen wie andere Archive und Bibliotheken. Diese bestehen in den schwindenden Ressourcen der Arbeiterbewegungen und den steigenden Kosten für die Langzeitverwahrung elektronischer Quellen. Heute wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts arbeiten die Institute eng zusammen und tauschen ihre Erfahrungen aus. Zusammen mit der Krise der skandinavischen Arbeiterbewegungen hat das Interesse für Arbeitergeschichte im globalen Süden, in Indien, Brasilien und Südafrika zu einer Revitalisierung der Forschung und des allgemeinen Interesses für die Arbeitergeschichte beigetragen.

Silke Neunsinger

Silke Neunsinger
Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek
Elektronvägen 2
14149 Huddinge
Tel: 08-4123927
070-7613927
www.arbetarhistoria.se

Das APO-Archiv im Universitätsarchiv der FU Berlin

Es ist überfällig, auch in unserem Periodikum das im Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin angesiedelte Archiv „APO und soziale Bewegungen“ einmal vorzustellen. Dabei stütze ich mich vor allem auf die mir im Internet zugänglichen Informationen (siehe u. a.: www.fu-berlin.de/uniarchiv). Zweifellos hat das „APO-Archiv“ einen besonderen Stellenwert. So besitzt es die umfangreichsten Quellen und Dokumente zur Geschichte der Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegungen in der alten Bundesrepublik bis etwa Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Diese Dokumente machen über 1.200 lfd. Meter aus. Die sich in diesem Archiv befindenden vielfältigen Aktenüberlieferungen, Sammlungen, Zeitschriften, Materialien und Nachlässe von Aktivistinnen und Aktivisten sind ein bedeutsamer Quellenfund der Zeitgeschichte, vor allem der Geschichte des politischen Protestes. Die Kenntnis dieser Originalquellen, in denen die Gruppen

und Akteure selbst zu Wort kommen, ist eine unerlässliche Ausgangsbedingung für die kritische Aneignung dieser Geschichte und macht erst eine genuine Geschichtsschreibung möglich. Die besondere Bedeutung des hier vorzustellenden Archivs für die politisch-zeitgeschichtliche und sozial- und kulturgeschichtliche Forschung ergibt sich nicht zuletzt aus einer Vielzahl von Unikaten und nichtveröffentlichten Quellen sowie Zeugnissen einer vergangenen Publizistik. Die archivalischen Dokumente vermitteln darüber hinaus auch ein Bild über die politische und kulturelle Sozialisation der Mitglieder und Sympathisanten der politischen Studentenverbände und anderer Gruppierungen im Kontext der außerparlamentarischen Opposition.

Nehmen wir kurz die Geschichte des „APO-Archivs“ in den Blick. Den Grundstein dieses Archivs hat Siegwart Lönnendonker gelegt. Er war anfangs als Student und dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter am damaligen „Institut für politische Wissenschaften“ der FU Berlin politisiert worden. Dazu trug wesentlich sein 1963 begonnenes und dann immer umfangreicher und systematischer werdendes Sammeln von wichtigen Dokumenten der sich in jener Zeit entwickelnden Studentenbewegung bei. Sehr förderlich war in diesem Zusammenhang, dass er als Sympathisant der außerparlamentarischen Bewegung nicht nur deren wichtigste Personen persönlich kannte, sondern auch das besondere Vertrauen der politisch linken Gruppierungen erwerben konnte. Das systematische Sammeln und Sichern von Originaldokumenten der Studentenbewegungen und ihrer maßgeblichen Akteure trug dazu bei, dass ihre Geschichte nicht in Vergessenheit geriet und auf lange Sicht diese historischen Dokumente jenseits von Polizei- und Verwaltungsakten für die Dokumentierung und Analyse der Studentenbewegung und anderer politischer linker Bewegungen verfügbar waren und sind. 1966 stellte dann das „Institut für Politische Wissenschaften“ Räumlichkeiten für die systematische Archivierung der schriftlichen Zeugnisse der politischen Gruppen – wie Akten, Flugblätter und -schriften, Sitzungsprotokolle, Broschüren, Funkmanuskripte, Interviews, Interna, Plakate und Periodika – zur Verfügung. Mit der offiziellen Anerkennung als Sammlungsgebiet des „Instituts für Politische Wissenschaften“ erfolgte auch der Aufbau einer Zeitungsauschnittsammlung mit dem Schwerpunkt der Springer-Pressen. 2004, als Dr. Lönnendonker aus dem Dienst ausschied, wurde das „APO-Archiv“ vom Universitätsarchiv an der FU übernom-

men. Bis heute im hohen Alter berät der Archivbegründer noch ehrenamtlich Archivnutzer.

Kommen wir nun zu den Beständen des „APO-Archivs“. Aus Platzgründen kann hier nur eine kleine Bestandsübersicht gegeben und auch nur auf ausgewählte Bestandsgruppen etwas näher eingegangen werden. Den Kern des „APO-Archivs“ stellt ohne Zweifel der Bestand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) dar, der bekanntlich in Westdeutschland und in West-Berlin von 1946 bis Mitte 1970 existierte. Er ist archivisch voll erschlossen und sogar digitalisiert. Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden die in diesem Bestand aufbewahrten Akten und Dokumente noch nicht im Netz veröffentlicht, sondern können nur im Lesesaal auf Anfrage eingesehen werden. Diese Archivquellen geben unter anderem Auskunft über die Arbeit des Bundesvorstandes und dessen Korrespondenzen mit anderen Organisationen, über die Delegiertenkonferenzen, über die Demonstrationen, Kampagnen und den Widerstand dagegen, die Arbeit an den Universitäten, das Verhältnis zu den Gewerkschaften sowie die Tätigkeit der einzelnen SDS-Gruppen in Berlin, Bonn, Frankfurt/Main, München und in anderen Städten und in der Provinz. Letztere Dokumente rekrutieren sich aus den Materialien, die die einzelnen Gruppen an den SDS-Bundesvorstand schickten sowie aus Materialien, die dann ehemalige SDS-Mitglieder als Privatsammlung dem „APO-Archiv“ zur Verfügung stellten. Besonders zu erwähnen wären auch die umfangreichen Tondaten (u.a. mit einer Gesamtaufnahme eines Symposiums im Jahre 1985 über den SDS). In der Bestandsgruppe „Materialien zur Geschichte der außerparlamentarischen Opposition der 50er und 60er Jahre“ sind die Dokumente über den Kampf gegen die Remilitarisierung, die Kampagnen für die Abrüstung, die Anti-Atombewegung und die Ostermarschbewegung angesiedelt.

Als recht umfangreich erweist sich der Aktenbestand über den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), eine westdeutsche Kleinpartei, die von 1973 bis Anfang 1985 agiert hat und aus der 1970 gegründeten Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum) München-Heidelberg hervorgegangen war. Der politisch interessanteste Teil dieses Bestandes ist archivisch erschlossen, ein Findbuch liegt vor (wie übrigens auch zur „Sachthematischen APO-Sammlung“). In der „KBW“-Bestandsgruppe sind u. a. Dokumente zur Organisation des Bundes (Zentrales Komitee, regionale Gliederungen), zu Korrespondenzen,

Rundschreiben, Broschüren und zur theoretischen und internationalen Arbeit aufbewahrt. Es sei noch darauf hingewiesen, dass sich einige Bestände des „APO-Archivs“ und des Universitätsarchivs überschneiden. So befinden sich z. B. Fotos von 1968 besetzten Instituten der FU in der Fotosammlung des Uni-Archivs, die derzeit erschlossen und auch teilweise digitalisiert wird, und die Plakate aus dem Sammelbestand des „APO-Archivs“ wurden in die Plakatsammlung des Universitätsarchivs eingegliedert.

Die Bestandsgruppe „Neue soziale Bewegungen“ beinhaltet die neue Frauenbewegung (u. a. über Kampagnen gegen den Paragrafen 218 und über den Aktionsrat zur Befreiung der Frau), die Anti-AKW-Bewegung sowie die Friedensbewegung. Im Bestand „Jugendverbände politischer Parteien“ liegen u. a. Dokumente über die Jungsozialisten (Jusos), die Sozialistische Jugend „Die Falken“ und den Marxistischen Studentenbund „Spartakus“. Weiterhin wäre zu nennen der Bestand über die Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten und zu ML-Gruppierungen und -Organisationen, das „Trotzkismus-Archiv“, die Bestände „Berufsverbote“, „Operaisten und Rätetendenzen“, „Anarchisten und Situationisten“, „Ex-KPO“ (mit einer kompletten Sammlung deren Zeitschrift „Arbeiterpolitik“), „Oppositionelle Gruppierungen der ehemaligen DDR“, „Ausland/Internationales“, die Zeitschriften-, Zeitungsauschnitt- und Flugschriftensammlungen sowie die allgemeinen Foto- (darunter die Fotosammlung des Studentischen Untersuchungsausschusses des AStA zu den Anti-Schah-Demonstrationen am 2. Juni 1968 in Westberlin), Plakat-, Tonband- und Filmsammlungen und die Musealen Sammlungen. Nicht zu vergessen sind auch die Mitschnitte von Gerichtsverhandlungen an Berliner Schwur- und Schöffengerichten. Interessant ist natürlich auch, dass sich unter den Privatsammlungen im „APO-Archiv“ eine Sammlung unseres langjährigen Vereinsmitgliedes Prof. Dr. Peter Brandt befindet.

Das hier vorgestellte „APO-Archiv“ befindet sich auf dem Gelände der Freien Universität Berlin in den Räumen des Universitätsarchives (Malteserstr. 74–100, 12249 Berlin-Lankwitz, Haus L/EG). Die erforderliche Anmeldung ist nur über die folgende Internetadresse des Universitätsarchivs möglich: archiv@fu-berlin.de

Rainer Holze

Besondere Zeitdokumente

Eine Bebel-Erinnerung an Auseinandersetzungen mit Vertretern des ADAV während des Deutsch-Französischen Krieges im August 1870 in Leipzig¹.

Vorgestellt von Eckhard Müller

Dokument

„Genosse Röthing² hat in der ‚Leipziger Volkszeitung‘ vom 14. Mai (1910) unter der Überschrift ‚August Bebel 1860 und 1910‘ Erinnerungen veröffentlicht, die ich mit vielem Vergnügen, aber auch mit einigem Kopfschütteln gelesen habe. Es ist eine bekannte Tatsache, dass zwei Personen, die über ein und denselben Vorgang, an dem sie beteiligt waren, berichten, fast nie genau übereinstimmen. So geht es mir auch mit einem Teil der Erzählung Röthings. Nach seiner Darstellung soll ich in dem längst verschollenen Schrötergäßchen meinen Stock auf ihm zer schlagen haben, auch sei ich ihm bei jener Gelegenheit beim Überklettern eines Bretterzaunes ins ‚lockenumwallte Haupt‘ gefahren, so dass er buchstäblich Haare haben lassen müssen. Das letzte stimmt, des ersteren Vorgangs kann ich mich nicht entsinnen. Aber wenn ich ihm wirklich eine Tracht Prügel verabreicht haben sollte, hatte er sie reichlich verdient.

Der Vorgang war folgender, und das ist wichtig, festzustellen. Es war im August 1870. Drüben in Frankreich wurde eine Schlacht nach der andern geschlagen, in denen die Franzosen unterlagen. Liebknecht und ich hatten im Juli bei der ersten Forderung der Geldbewilligung für den Krieg uns der Abstimmung enthalten mit der Motivierung, dass der Krieg mit Frankreich nur die Folge der Politik Bismarcks von 1866 sei, einer Politik, die wir aufs heftigste bekämpft hatten.³ Im Lassalleschen Lager⁴

¹ Siehe Wolfgang Schröder, Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 – 1878/81. Mit einer Dokumentation der Tätigkeitsberichte, Berlin 2010, S. 228–240.

² Julius Röthing (1840–1911), Schneider, Buchhändler; Mitglied des ADAV, 1867 Mitbegründer der Splittergruppe Lassallescher Deutscher Arbeiterverein.

³ Siehe August Bebel, Motiviertes Votum der Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Bebel in Sachen der 120-Millionen-Kriegskredite, in: Ausgewählte Reden und Schriften. Band 1. Reden und Schriften, Briefe 1863 bis 1878. Anmerkungen, Bibliographie und Register. Bearb. von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Dieter Malik, unterstützt von Heinz Beike, Anneliese Beske, Christel Kuczynski und Gerhard Sellin, München/New Providence/London/Paris 1995, S. 117.

⁴ Gemeint ist Ferdinand Lassalle (1825–1864), Schriftsteller, 1863/1864 Präsident des ADAV.

– sowohl im Schweitzerischen⁵, wie in dem Hatzfeldt⁶-Mende⁷, in dem Röthing stand – war man über unser Vorgehen in patriotische Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als ‚Landesverräter‘ gebrandmarkt. Schweitzer schickte sogar im August einen seiner Agitatoren nach dem andern nach Leipzig, um in öffentlichen Versammlungen gegen uns loszugehen. Eines Tages kam auch Hasenclever⁸. Dieser ließ Plakate anschlagen, in denen nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Studentenschaft eingeladen wurde, über uns ‚Landesverräter‘ Gericht zu halten. Die Versammlung war ins Kolosseum einberufen. Jetzt lief mir die Galle über. Ich bat unsre Vertrauensleute, die Parteigenossen zu alarmieren, sie sollten in Massen erscheinen, was auch geschah. Bei der Präsidentenwahl kam es in der überfüllten Versammlung bereits zum Krach. Kurze Zeit, und die beiden Parteien lagen sich in den Haaren und prügeln aufeinander los. Petzold, der Führer der Schweitzerianer, und Röthing, der Hatzfeldtianer, wurden ganz besonders hergenommen und ehrlich verhauen! Hasenclever hatte sich entfernt. In der Sorge um seine Möbel und Fenster löschte der Wirt die Gasflammen aus. Wir versammelten uns daraufhin in unserem Vereinslokal, der ‚Goldenen Säge‘. Da traf die Nachricht ein, die Lassalleaner seien nach Liebknechts Wohnung gezogen, um diesem die Fenster einzuwerfen. Sofort brachen wir auf und eilten im Sturm auf dem kürzesten Wege nach der Braustraße. Als wir dort ankamen, waren die Lassalleaner eben abgezogen; sie hatten eine Anzahl Fensterscheiben eingeworfen und dadurch Frau Liebknecht⁹, die ahnungslos in der Stube saß und ihrem ersten Sprössling¹⁰ die Brust reichte, erschreckt. Unser Zorn kannte keine Grenzen. Wir trennten uns in zwei Haufen, um die Lassalleaner sicher zu packen. In der Windmühlenstraße fassten wir sie und verprügelten sie gründlich. Röthing und einige Genossen waren durch eine Wirtschaft in den Garten geflüchtet und dachten im Schrötergäßchen über eine Gartenplanke zu entrinnen. Dort entdeckte ich Röthing, als er eben sein ‚lockenumwalltes Haupt‘ über die Planke reckte. Jetzt griff ich

⁵ Gemeint ist Johann Baptist von Schweitzer (1833–1875), Rechtsanwalt, Journalist; 1867–1871 Präsident des ADAV, Abgeordneter des Norddeutschen Reichstags 1867–1870.

⁶ Gemeint ist Sophie Gräfin von Hatzfeldt (1805–1881), Freundin und Anhängerin F. Lassalles; 1867 Begründerin der Splittergruppe Lassallescher Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein.

⁷ Gemeint ist Fritz Mende (um 1844–1879), Mitglied des ADAV, Mitbegründer der Splittergruppe Lassallescher Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, Abgeordneter des Norddeutschen Reichstags 1869/1870.

⁸ Wilhelm Hasenclever (1837–1889), Lohgerber, Journalist; seit 1864 Mitglied des ADAV, seit 1871 Präsident des ADAV, 1875/76 einer der beiden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei; Abgeordneter des Norddeutschen bzw. Reichstages 1869/1870, 1874–1878, 1879–1888.

⁹ Natalie Liebknecht (1835–1909), seit 1868 zweite Ehefrau von Wilhelm Liebknecht.

¹⁰ Theodor Liebknecht (1870–1948), ältester Sohn von Wilhelm Liebknecht; Rechtsanwalt.

fest zu und wollte ihn herüberziehen. Aber das gelang mir nicht, er fiel in den Garten, ein Bündel Haare in meinen Händen lassend. So entwischte er mir.

Röthing sagt weiter: als Bebel zu den Volksparteilern übergegangen war, gab es neue Kämpfe. Pardon. Die sächsische Volkspartei, wohl zu unterscheiden von der heutigen Volkspartei, war von mir und Liebknecht im August 1866 gegründet worden und neben Fritzsche war, meines Wissens, Röthing bei der Programmberatung in Chemnitz zugegen.¹¹ Im August 1870 hatten wir aber bereits die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms ein Jahr hinter uns. Dies zur Richtigstellung.

Im Übrigen freut es mich, dass Röthing mit so gutem Humor der wohlverdienten Prügel gedenkt, die er vor jetzt 40 Jahren empfang.

Schöneberg-Berlin, den 15. Mai 1910

A. Bebel“

Aus: Altenburger Volkszeitung. Organ für die Interessen des werktätigen Volkes im Herzogtum Altenburg, 16. Jg., Nr. 190 vom 17. August 1913

¹¹ Siehe Wolfgang Schröder, Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 147–161.

Zeitgenössische Quellen über die Rettung jüdischer Flüchtlinge in Albanien während des Zweiten Weltkrieges

Albanien gehörte zu den wenigen Ländern im faschistisch besetzten Europa, in dem nicht nur fast alle einheimischen Juden, sondern über 2000 jüdische Flüchtlinge, die aus Deutschland und Österreich in das Adrialand gelangt waren, sowie nach der Besetzung der Nachbarstaaten Griechenland und Jugoslawien auch aus diesen und weiteren Ländern, überlebten.¹ Nach Kriegsende hatte Albanien ein Vielfaches mehr an jüdischen Einwohnern als zuvor. Angesichts der Dimension des Holocausts stellt sich die Frage, warum sich hier viele jüdische Menschen retten konnten? Augenfällig sind spezifische historische, kulturgeschichtliche, wirtschaftliche wie politische und militärische Faktoren, die sich unter den gegebenen Umständen als begünstigend erwiesen und die bewirkten, dass eine Art albanisches Gegenmodell zur Judenvernichtung entstand.² Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der undifferenzierten gesellschaftlichen Strukturen westliche historisch-politische Vorstellungen oder Gedankengebäude nur bedingt für die Beurteilung sozialen und politischen Verhaltens herangezogen werden können. Einige Fakten seien nachfolgend zusammenfassend aufgeführt.

Eine grundlegende Voraussetzung bildeten der hohe Integrationsgrad der jüdischen Minderheit und deren Anerkennung in der albanischen Vorkriegsgesellschaft. Die albanischen Juden – ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug etwa 200 Personen – wurden nicht diskriminiert oder verfolgt, es gab keine jüdische Oberschicht; traditionell waren sie als Klein- oder Trödelhändler und Kaufleute tätig. Vereinzelt wirkten Juden als Ärzte oder Lehrer. Die kleinen jüdischen Gemeinden, so beispielsweise in Delvina oder Vlora in Südalbanien, waren den Albanern nicht einfach nur bekannt. Die Kleinhändler waren oft die einzigen, die in dem gebirgigen Land nicht den beschwerlichen Weg in die entlegenen Dörfer scheuten, um die Bewohner mit einem Stück Stoff oder anderen Alltagsgegenständen zu versorgen. So nahmen die Albaner deren Verfolgung durch die Besatzer nicht hin, dafür gab es keine Akzeptanz.

¹ Siehe Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Band 14, Besetztes Südosteuropa und Italien. Bearbeitet von Sara Berger, Erwin Lewin, Sanela Schmid und Maria Vassilikou, De Gruyter Oldenbourg 2017, S. 78 ff.

² Siehe Michael Schmidt-Neke, Albanien – ein sicherer Zufluchtsort?, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Solidarität und Hilfe für Juden, Berlin 1999, S. 269.

Hervorzuheben ist die religiöse Vielfalt im Land. Albanien stellte historisch und geografisch eine Kontaktzone christlich-katholischer, orthodox-byzantinischer und islamisch-orientalischer Einflüsse dar. Vor dem Krieg waren fast 80 Prozent Muslime, der Rest gehörte zum orthodoxen respektive katholischen Glauben. Charakteristisch war eine ausgeprägte interreligiöse Toleranz. Die Verfassung von 1928 hatte den Juden Religionsfreiheit zugesichert. Muslime, Orthodoxe und Katholiken lebten friedlich ohne gegenseitige Verletzungen zusammen. Im traditionell toleranten Nebeneinander der Religionsgemeinschaften konnte sich religiöser Fanatismus nicht entfalten. Nach Aussage des US-Diplomaten Hermann Bernstein, der sein Land Anfang der dreißiger Jahre in Tirana vertrat, gehörte Albanien zu den „am wenigsten antisemitischen Ländern der Welt.“³ Wenngleich in den Quellen bisweilen anderslautende Angaben nicht zu übersehen sind, bildeten sie die Ausnahme.

Hinzuweisen ist des Weiteren auf eine kulturgeschichtliche Besonderheit. Seit alters her hat ein Gemisch verschiedener Kulturen in den albanischen Siedlungsgebieten dazu beigetragen, Respekt gegenüber dem Fremden auszubilden. Die eigene Erfahrung mit äußerer Gewalt – die Albaner auf dem Westbalkan waren über Jahrhunderte bis zur Unabhängigkeit 1912 osmanischer Unterdrückung ausgesetzt – bewirkte Empfindsamkeit und Verständnis gegenüber denen, die bedrängt und verfolgt wurden. Nach dem Gewohnheitsrecht, der Gastfreundschaft und der „besa“ (Ehrenwort) waren die Albaner verpflichtet, Fremde, die um Hilfe nachsuchten, als Gäste aufzunehmen und sie zu schützen. Ihnen war mit Brot, Salz und Herz Ehre zu erweisen. Das gegebene Wort ungeachtet persönlicher Gefahren zu halten, war eine Frage der Ehre.

Die „besa“ bildete während der faschistischen Besatzung ein Symbol aktiver Hilfe für in Not geratene jüdische Menschen. Überlebende wie die deutsche Jüdin Johanna Neumann, die mit acht Jahren 1938 mit ihrer Familie aus Hamburg nach Albanien gekommen war, bestätigte, dass die Aufnahme für ihre Retter, die albanische Familie Pilku, eine Selbstverständlichkeit gewesen war.⁴

Die Hilfe für jüdische Menschen beruhte nicht nur auf dem Solidargefühl Einzelner. In den Dreißigerjahren setzten sich die albanische Regierung und Mitglieder der Königsfamilie dafür ein, Visa für Flüchtlinge zu

³ The Jewish Daily Bulletin, New York, Vol. IX, Nr. 2821, April 17 and 18, 1934.

⁴ Information von Johanna Neumann (1930–2017) bei der Eröffnung der Ausstellung „Besa – ein Ehrenkodex“ am 8.5.2014 in Basel an den Vf.

erteilen. Die Hoffnung war, damit auch finanzielle Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu erschließen. Diese Vorstellung ging indessen 1939 nach der Okkupation durch das faschistische Italien nicht auf. Dennoch kamen die Flüchtlinge als Touristen, die das Visum teilweise kostenlos erhielten, oder mit Transitvisa für eine Weiterfahrt nach Palästina. Ihre materielle Lage war wegen der schwach entwickelten Wirtschaft schwierig, vereinzelt erteilten die Behörden eine Arbeitserlaubnis und manchmal erhielten Ankömmlinge auch die albanische Staatsbürgerschaft.

Wie aus den Quellen hervorgeht, bereiteten die Unterbringung und Verpflegung den kommunalen Verwaltungen große Schwierigkeiten. Es finden sich zahlreiche Belege – Anträge, eine Arbeitssuche zu ermöglichen, Bittgesuche zur Zusammenführung von Familien, Reiseanträge aus entlegenen Orten zur medizinischen Versorgung in städtischen Krankenhäusern. In vielen Fällen wurde den Anträgen stattgegeben. Im März 1942 hatte der albanische Ministerpräsident bei dem italienischen Generalstatthalter erreicht, dass Hunderte Juden aus Kosova nach Albanien gebracht wurden, wo sie vor Nachstellungen sicherer waren.

Nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht im September 1943 verschärfte sich die Lage. Trotzdem versuchten Flüchtlinge, vor allem aus Jugoslawien, immer wieder sich durch Namensänderung und mit gefälschten Papieren sowie Wechsel der Unterkunft der Aufspürung seitens der Besatzer erfolgreich zu entziehen. Sie erfuhren Unterstützung von Mitarbeitern in den Verwaltungen und fanden lebensrettende Bleibe bei albanischen Familien.

Nicht zufällig würdigten Zeitgenossen, wie in Dokument 3 herausgestellt wird, diese großherzige Haltung. Die deutsche Jüdin Irene Grünbaum, die 1941 aus Belgrad nach Albanien fliehen musste und dort überlebte, schrieb in ihren Erinnerungen: „Leb wohl Albanien. Es kommt der Tag, da werde ich der Welt verkünden, wie mutig, furchtlos, stark und treu deine Söhne sind... wie sie ein Flüchtlingsmädchen beschützten und nicht zuließen, dass ihm Unheil zugefügt werde.“⁵

Der Retter, von denen der Staat Israel 78 mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“ ehrte, erinnert man sich heute auch außerhalb Albaniens. 2014 stimmten die Schüler einer Integrierten Sekundarschule in Berlin-Kreuzberg zu, ihre Schule nach Refik Veseli, einem albanischen Fotografen zu benennen. Dieser hatte während des Krieges die jüdische

⁵ Escape through the Balkans. The autobiography of Irene Grünbaum, University of Nebraska, Pr. 1996, S. 139.

Familie von Gavra Mandil versteckt. Die Nachfahren der Mandils aus Tel Aviv und die der Veselis aus Tirana stehen noch heute im engen Kontakt.

Ein für das Überleben entscheidender Faktor war der von der Nationalen Befreiungsfront getragene starke bewaffnete Widerstand in Form der Partisanenbewegung, in deren Reihen auch jüdische Männer und Frauen mitwirkten. Die Versuche, namentlich von Seiten der deutschen Reichsführung, die diffizile nationale Frage in Kosova im Interesse der faschistischen Neuordnungspolitik zu nutzen und mit der Aufstellung einer albanischen SS-Division 1944 verstärkt auf einheimische Kollaborateure zu setzen, brachten nur teilweise Ergebnisse und gingen nicht auf. Nicht wenige Menschen bezahlten dafür mit ihrem Leben. Ein Großteil der Besatzungstruppen wurde gebunden und deren Aktionsmöglichkeiten gegenüber der Bevölkerung und den Flüchtlingen stark eingeschränkt. In den von den kommunistisch geführten Partisanen wie in den von bürgerlich-nationalen Widerstandsgruppen befreiten Gebieten waren die Flüchtlinge vor Verfolgungen sicher.

Schließlich seien noch die widersprüchlichen Interessen zwischen den italienischen und deutschen Besatzungsmächten bei der „Endlösung“ genannt. Bekanntlich war es über die Politik gegenüber den Juden zwischen beiden Regierungen immer wieder zu Unstimmigkeiten gekommen. Das eröffnete Spielräume für albanische Politiker, zumal deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht primär ideologisch motiviert war. Damit entstanden tatsächlich Möglichkeiten, dass viele untertauchen konnten. Die Forderung deutscher Militärbehörden im Frühjahr 1944 nach Übergabe von Meldelisten jüdischer Flüchtlinge wurde von der albanischen Polizei unterlaufen. Sie machte Angaben über Zahlen der in Albanien lebenden ausländischen Bürger, übermittelte jedoch keine Namen.

Berücksichtigt man die geografischen Gegebenheiten sowie die kaum vorhandene Infrastruktur, so fehlten für die Kommandostäbe der Wehrmacht die logistischen Voraussetzungen und letztlich auch die erforderliche Truppenzahl. In den zerklüfteten Gebirgslandschaften wäre der Aufwand sehr groß gewesen und hätte in keinem Verhältnis zu dem erhofften Ergebnis gestanden.

An den Abläufen in Albanien lässt sich nachvollziehen, wie vielschichtig das Gesamtbild jüdischer Schicksale im besetzten Europa war. Anhand der Quellen können die Lebensumstände von der Verfolgung bis

hin zur Rettung in Bezug zueinander gesetzt und die Kenntnisse über den Holocaust vertieft werden.

Die vorgelegten Dokumente aus dem Zentralen Staatsarchiv Tirana werden in deutscher Sprache erstmals in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht.

Erwin Lewin

Dokument 1

Der jüdische Fotograf Wilhelm Weitzmann, deutscher Staatsangehöriger, erhält am 22.2.1939 von der Königlichen Präfektur Tirana die Erlaubnis, sich in Albanien aufzuhalten¹

Königliche Präfektur Tirana

Nr. 56/83

Tirana, 22.2.1939

Wohnsitzerlaubnis

Der deutsche Staatsangehörige Wilhelm Weitzmann², Fotograf am Königlichen Hof, erhält auf Antrag vom 22.2.1939, in der Präfektur unter Nr. 56/80 registriert, sowie mit Genehmigung Nr. 185 vom 22.2.1939 des Ministeriums des Inneren die Wohnsitzerlaubnis für sich und seine Familie, zu der nachfolgende Personen gehören:

| | |
|------------------|-----------------------------|
| Roza Weitzmann | – Mutter |
| Paul Weitzmann | – Bruder |
| Osias Weitzmann | – Bruder |
| Julius Weitzmann | – „ |
| Joseph Weitzmann | – „ |
| Berta Weitzmann | – Schwester |
| Lily Weitzmann | – Frau des Bruders Joseph |
| Kurt und Walter | – Kinder des Bruders Joseph |
| Bronia Mate | – Schwester |

¹ Arkivi Qendror Shtetëror (im Folgenden: AQSH), F 380, V 1939, D 45, Bl. 15.

² Wilhelm Weitzmann, * 1896 in Polen, kam im August 1938 aus Österreich nach Albanien. Er war Hoffotograf von König Zogu und wirkte neben anderen Flüchtlingen bei der Beschaffung von Personaldokumenten mit. 1941 fahndete der italienische Sicherheitsdienst nach ihm, danach verliert sich die Spur.

Soltan Mate – Ehemann der Schwester Bronia
Josephina Besen – Verlobte des Wilhelm Weitzmann
Roza Gluck – Tante
Die Wohnsitzerlaubnis gilt für ein Jahr.

Der Präfekt
(Qamil Pepa)

Zur Kenntnis der Stadtverwaltung der Hauptstadt
der Gendarmerie-Kommandantur der Hauptstadt.
(Stempel, Unterschrift)

Dokument 2

Die Italienische Generalstatthalterschaft teilt dem Ministerium des Inneren am 14.6.1943 mit, dass 40 jüdische Familien aus Jugoslawien nach Albanien eingereist sind.³

Generalstatthalterschaft Seiner Königlich-Kaiserlichen Majestät

Generalsekretariat

Pos. B-10-1

Tirana, 14.6.1943

An das Ministerium des Inneren Tirana

Zur gefälligen Kenntnis des Ministeriums teilen wir mit, dass nach Informationen, die unserer Behörde vorliegen, etwa 40 jüdische Familien aus dem von den Bulgaren besetzten serbischen Gebiet nach Ferizaj⁴ eingereist sind. Sie konnten eine Aufenthaltserlaubnis erlangen, die sie von Mitarbeitern der albanischen Verwaltung erkaufte haben.

Vermutlich erfolgte die Flucht aus Angst vor antisemitischen Aktionen der bulgarischen Dienststellen. Wir wären dankbar zu erfahren, ob die obengenannte Information stimmt und falls das zutrifft, welche Maßnahmen diesbezüglich getroffen worden sind⁵.

Der Generalsekretär
(A. Barberich)

³ AQSH, F 153, V 1943, D 386/§; Bl: 207.

⁴ Stadt südöstlich von Prishtina, bekannt durch Getreidehandel und vielfältige Handwerksbetriebe.

⁵ Angaben speziell über das Schicksal der Familien liegen nicht vor, jedoch konnten viele Flüchtlinge aus Makedonien, wie andere Quellen belegen, in Albanien überleben.

Dokument 3

Das Komitee des Jüdischen Volkes dankt in einer Grußadresse am 7.6.1945 der Regierung und dem albanischen Volk für die Rettung jugoslawischer Juden.⁶

„Der erste Gedanke der Juden Jugoslawiens, die nach ihrer Vertreibung während des Krieges jetzt aus Albanien zurückgekehrt sind, ist, den Albanern Dankbarkeit und Begeisterung für ihre bewundernswerte Haltung auszudrücken, die sie in den gefährvollsten Augenblicken unseres Lebens, in der schwersten Zeit für die kultivierte Menschheit an den Tag gelegt haben.

In jener Zeit, als die jugoslawischen Juden – Frauen, Kinder und Männer ohne Unterschied – in die Vernichtungslager von Sajmište (Semun), Banjica (Belgrad) und andere Lager in Polen, Deutschland oder Makedonien verschleppt und von den deutschen Faschisten durch Gas und Kugeln ausgelöscht wurden. Es gab damals auf dem Balkan ein Volk, das sich über jede Rassentheorie und westliche Zivilisation erhob, das gastfreundliche und furchtlose Volk Albaniens. Dieses blieb, obwohl es unterdrückt war und unerschrocken gegen die Eroberer sowie die Faschisten und reaktionären Kräfte kämpfte, dennoch seiner Tradition der Gastfreundschaft treu, indem es die Würde des Menschen unabhängig von nationaler Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit bei jedem Einzelnen achtete.

Unsere Brüder, die aus Ihrem großartigen Land zurückgekommen sind, berichteten uns, dass sie von albanischen Familien hochherzig in ihre Häuser aufgenommen, vor Gefahren bewahrt und vor Maßnahmen, die gegen sie geplant waren, gewarnt wurden. Sie waren sich dessen bewusst, dass auch Albanien schwere Wunden zugefügt wurden. Das geschah in einer Zeit, als die Juden in allen Ländern, die unter dem Joch der verbrecherischen deutschen Eroberer litten, vernichtet wurden. So wird in der Geschichte dieses Weltkrieges ein kleines, aber edelmütiges und mutiges Volk erwähnenswert bleiben: Das albanische, das wahrscheinlich allein von allen unterdrückten Völkern Europas die Verfolgung und Vernichtung der Juden erschwerte und verhinderte.

Wir bitten Sie, Herr Major⁷, im Namen einer kleinen Zahl jugoslawischer Juden, die die Katastrophe überlebten – von 75000 Juden Jugo-

⁶ Komiteti i Ebrejve të Jugosllavisë përshëndet kryetarin e qeverisë sonë dhe popullin shqiptar, in: Bashkimi (Die Vereinigung), Tirana, 7. Juni 1945, S. 2.

⁷ Die Grußadresse wurde dem Leiter der Albanischen Militärmission in Belgrad Vasil Konomi übergeben.

slawiens sind über 80 Prozent umgebracht worden –, dass Sie dem Ministerpräsidenten der Demokratischen Albanischen Regierung und Oberbefehlshaber der Nationalen Befreiungsarmee, Generaloberst Enver Hoxha⁸, der an der Seite des Nationalen Befreiungskampfes Jugoslawiens stand, sowie dem gesamten albanischen Volk unsere tiefe Dankbarkeit und Sympathie überbringen. Die jüdische Gemeinde von Belgrad ist zutiefst befriedigt darüber, dass sie die Gelegenheit hat, diesen Dank Vertretern der albanischen Volksregierung zu übermitteln, die mit der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee und Marschall Tito für die Vertreibung der Faschisten und Reaktionäre zusammenstanden.

Es lebe das unabhängige Albanien. Es lebe das tapfere albanische Volk. Es lebe die Verbrüderung zwischen den freiheitsliebenden Völkern Albaniens und jenen des Föderativen Demokratischen Jugoslawiens. Tod dem Faschismus – Freiheit dem Volk.

Unterschrift:

Der Vorsitzende David Alkalaj

Der Sekretär I. Abinci.“

Information

536 Bestände aus der Bibliothek des Instituts für Sozialforschung konnten im August 2018 von der Staatsbibliothek Berlin an das Frankfurter Institut restituiert werden. Das ist ein Zwischenergebnis des Forschungsprojekts „Transparenz schaffen: Recherche, Erschließung und überregionaler Nachweis von NS-Raubgut im Druckschriftenbestand der Staatsbibliothek zu Berlin“.

Aus: Scheibe, Michaela/Willasch, Friedericke: Sozialistica in der Preußischen Staatsbibliothek – eine Spurensuche. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 5/2019 (Sept/Okt.), 66. Jg., S. 214–224.

⁸ Enver Hoxha (1908–1985); Führer der albanischen Partisanen, 1941 Mitbegründer der KPA; er stand von 1943 bis zu seinem Lebensende als Generalsekretär an deren Spitze (seit 1948 Partei der Arbeit Albaniens). Hoxha war hauptverantwortlich für die stalinistische Diktatur im Land.

Tagungen und Konferenzen

29. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 30. April 2019

Auf der Tagesordnung dieser Sitzung standen außer dem obligatorischen Bericht der Direktorin der Stiftung die Bearbeitung von Bildbeständen und der Umgang mit Doubletten in der Bibliothek. Prof. Dr. Günter Benser vermisste eine Behandlung des vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Roland Jahn und vom Präsidenten des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann dem Deutschen Bundestag unterbreiteten Konzeptes über „Die Zukunft der Stasi-Unterlagen“. Daraufhin erfolgte eine entsprechende Information unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes.

Die Direktorin Frau Dr. Walther-von Jena erläuterte den schriftlich vorliegenden Tätigkeitsbericht¹. Sie berichtete eingangs über inzwischen vorgenommene Strukturveränderungen, mit der – entgegen der langjährigen Tradition des Bundesarchivs – die Abteilungen Deutsches Reich und DDR in einer „Abteilung Bereitstellung“ zusammengeführt wurden. Zeitgleich erfolgte eine Herauslösung der audiovisuellen Medien aus der SAPMO-BArch, die künftig konservatorisch und benutzungstechnisch von der Abteilung Filmarchiv betreut werden. In der Diskussion wandten Kuratoriumsmitglieder ein, dass eine Herauslösung von Beständen aus der SAPMO-BArch die vertraglich zugesicherten Rechte der einbringenden Stellen berührt und ohne deren Zustimmung nicht vorgenommen werden dürfte. Diese Intervention führte dazu, dass in das Protokoll dieser Sitzung folgende Klarstellung Eingang fand: „Die organisatorische Herauslösung der audiovisuellen Medien aus der SAPMO zum 1. November 2018 führt zu keiner Veränderung der Eigentumsrechte der einbringenden Organisationen bzw. der Verfügungsrechte der Einbringer.“

Eine wesentliche Rolle spielte in der Diskussion auch die starke Beeinträchtigung der Bibliotheksbenutzung. Ursache ist, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) im November 2018 mitgeteilt hat,

¹ Die mit den Sitzungsberichten korrespondierenden Informationen der „Mitteilungen“ über Bestandszugänge und Erschließungsarbeiten werden künftig im Zweijahresrhythmus erscheinen, da Neuzugänge nur noch in sehr begrenztem Maße erfolgen.

dass die Betriebsgenehmigung der ehemaligen Kirche und damit für den Lesesaal der Bibliothek zum 1. 1. 2019 nicht mehr verlängert werden könne. Demzufolge ist die Bibliotheksbenutzung nur noch im Aktenlesesaal möglich. Damit ist der Handbestand nicht mehr zugänglich. Für die konventionellen Kataloge muss noch eine Lösung gefunden werden. Betroffen davon ist auch die gemeinsame Vortragsreihe, die bis auf weiteres nicht fortgeführt werden kann.²

Philip Schilf informierte mit einem Vortrag über die vorhandenen Bildbestände, deren Bearbeitung und Nutzung sowie über Stand und Probleme der Digitalisierung.

Angestoßen durch eine Kooperationsanfrage der Deutschen Staatsbibliothek positionierte sich das Kuratorium zur Restitution oder anderen fairen Lösungen beim Umgang mit NS-Raubgut. Die SAPMO wurde aufgefordert, das grundsätzliche Einvernehmen in diesen Belangen mit den Einbringern herzustellen.

Für die Bibliothek hat sich der hohe Anteil von Dubletten als Problem erwiesen, die kaum verkäuflich oder als Tauschobjekte einsetzbar sind. Das Kuratorium stimmte zu, dass Dubletten künftig nicht mehr zwingend aufgehoben oder verwertet werden müssen. Da auch in dieser Frage Rechte der Einbringer tangiert sind, ist mit diesen eine Verständigung herbeizuführen.

Unter dem Punkt Verschiedenes informierte der Präsident des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann über das Konzept „Die Zukunft der Stasi-Unterlagen“, das ohne Abstimmung mit dem Kuratorium im März 2019 eingereicht worden war. Da der Originaltext den Sitzungsteilnehmern nicht vorlag, war eine tiefergehende Diskussion nicht möglich.³ Von dem im Konzept enthaltenen „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ war zunächst nicht die Rede. Das Protokoll vermerkt die „Schaffung eines Zentrums für integrierte Forschung für DDR-Geschichte“.

Günter Benser

² Der Förderkreis hat daraufhin in Kooperation mit dem August-Bebel-Institut in dessen Räumlichkeiten bereits zwei Vorträge organisiert und somit einen Weg gefunden, um die im Bundesarchiv zeitweilig eingetretenen Hindernisse zu überbrücken.

³ Der Förderkreis hat sich auf seiner Jahresversammlung vom 4. Mai eingehend mit dieser Problematik befasst und sich mit einer Stellungnahme an Fraktionen des Deutschen Bundestages gewandt sowie kompetente Fachleute kontaktiert. Vgl. hierzu das Protokoll der 28. Jahresversammlung und die Stellungnahme des Förderkreises in Heft 56 der „Mitteilungen“ sowie das von Günter Benser der Zeitung „neues deutschland“ gewährte Interview, das auf unserer Website www.fabgab.de nachzulesen ist.

Arbeiten auf dem Land: AkteurInnen, Gesellschaften und Umwelten Bericht von der 55. ITH-Konferenz in Linz (5.–7. September 2019)

Die 55. ITH-Konferenz in Linz, die sich dieses Mal dem Arbeiten auf dem Land mit all seinen Rahmenbedingungen, Folgewirkungen und sozialen Verwerfungen widmete, wurde im Vorfeld von der Frage überschattet, ob dieser so traditionsreichen Veranstaltung noch eine Zukunft beschieden sei, und wenn ja, welche. Der Vorstand unter der Leitung der ITH-Präsidentin Prof. Dr. Susan Zimmermann hatte einige Szenarien erarbeitet, die nach der vorstandsinternen Diskussion der Generalversammlung vorgelegt wurden. Nach einer intensiven Diskussion ist die Zukunft der ITH nun durch das Hinzutreten der Arbeiterkammer Wien in den Trägerkreis erst einmal gesichert. Zukünftig werden sich Linz und Wien bei der Durchführung abwechseln, bei Bedarf kann die ITH ausgelagert werden, wenn eines der Mitgliedsinstitute die Initiative ergreift und sich die Durchführung entsprechend anbietet. Erleichtert nahm die Generalversammlung diesen Vorschlag bei wenigen Enthaltungen an. Die 56. Konferenz zum Thema „Das Kapital, Migration und die Linke“ wird voraussichtlich vom 24.–26. September 2020 in Linz und damit im „Jägermayrhof“ stattfinden, der „Call for Papers“ ist ausgeschrieben.

Die 55. Konferenz eröffnete die ITH-Präsidentin Susan Zimmermann, die Grußworte richteten Franz Molterer (AK Oberösterreich) und Claudia Hahn (Gemeinderätin der Stadt Linz/SPÖ) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, deren Zahl dieses Mal etwas geringer ausfiel. So fehlten neben vielen Kolleginnen und Kollegen aus Ost- und Ostmitteleuropa auch die sonst zahlreichen Vertreter aus skandinavischen Ländern und auch aus Deutschland. Agrargeschichte, Landarbeiter*Innenbewegung und Soziologie der Landwirtschaft scheinen sich nicht überall eines angemessenen wissenschaftlichen Interesses zu erfreuen, was angesichts der in den Vorträgen zum Ausdruck gebrachten Problemlagen für die Betroffenen wie Lohnbetrug, Sozialbetrug und schrankenloser Ausbeutung sicher nötig ist. Aus Berlin reisten übrigens Jürgen Hofmann (HiKo DIE LINKE), Mirjam Sachse (Arbeit – Bewegung – Geschichte) und ich an, ebenfalls also eine geringere Teilnehmerzahl als sonst.

Waren die letzten beiden Konferenzen thematisch häufig etwas zerfasert, so hatte das Vorbereitungskomitee, dem auch das „Institut für Geschichte des ländlichen Raumes“ in St. Pölten angehörte, die Panels nun recht bündig zusammengestellt. Den einführenden Grundlagenvor-

trag steuerte Thijs Lambrecht von der Universität Gent (Belgien) mit dem Thema „Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten: Die Regulierung ländlicher Arbeit in Europa, ca. 1250 – ca. 1900“ bei und lieferte eine eindrucksvolle Fundierung für die folgenden Vorträge und Diskussionen. So benannte er als historische Zäsuren, die grundlegende Veränderungen der Arbeitsregime auf dem Land nach sich zogen, die Pestwelle um 1350, das lange Jahrhundert zwischen Reformation/Bauernkrieg und Westfälischem Frieden und die Französische Revolution. Mussten die Herrschenden nach der Pest den Bauern und der Landbevölkerung Zugeständnisse machen, so zogen sie nach 1550 die Zügel wieder deutlich an, verschärften den Gesindezwang und die Polizeiordnungen etc., um nach 1789 infolge der bürgerlichen Revolutionen schließlich die Abschaffung der Hörigkeit usw. hinzunehmen. Die reaktionäre Ausnahme bildete, so schloss Holger Czitrich-Stahl am Freitag an Th. Lambrecht an, vor allem Preußen. Sein Thema lautete „Die bunte Welt des preußischen Gutshofs und der Sozialismus: „Arbeitsverhältnisse, Agrarfrage und Organisationspolitik von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung vor der deutschen Revolution 1918/19“. Auf ihn folgten Jessica Richter (St. Pölten), die über die staatlichen Interventionen in die Landarbeit in Österreich zwischen 1918 und 1939 sprach, und Martin Schröder (Halle-Wittenberg), dessen Thema die Agrarreformen und die Entstehung eines staatlichen Eingreifens in die Agrarsphäre in Venezuela war.

Das zweite Panel untersuchte ländliche Arbeitsmärkte. Hier referierten Peter Woodley (Canberra/Australien) über die sozialen Auseinandersetzungen zwischen Farmern und Landarbeitern zwischen 1880 und 1930, Tina Bopp (Basel) über die Schicksale und die Rechtlosigkeit von Saisonarbeitern auf dem Land, vor allem aus Moldawien, sowie Janina Puder (Jena) über die Arbeitsbedingungen auf den Palmölplantagen, die gleichermaßen malaiische wie indonesische Landarbeiter betreffen, die aber einen völlig verschiedenen Rechtsstatus besitzen, was besonders die indonesischen Landarbeiter extrem benachteiligt.

„Güterketten“ standen im Blickpunkt des dritten Panels. Rolf Bauer (Wien) sprach über den britischen kolonialen Opiumanbau in Südindien, Elise van Nederveen Meerkerk (Utrecht) über die Rolle der Landarbeiterinnen auf Java im 19. Jahrhundert zur niederländischen Kolonialzeit, Ernst Langthaler (Linz) erläuterte die Schritte des Eindringens kapitalistischer Produktionsweisen in die Landwirtschaft, indem er den Bogen

von traditioneller Anbauweise (China nach 1900) über die USA nach 1945 bis zu Brasilien heute schlug. Den letzten Block bildeten Juri Aunderset und Peter Moser (Bern) sowie Majda Cernic Istenic (Ljubljana), die sich vor allem den Einsatz von Tieren, Motoren/Maschinen und dem Umgang mit Arbeitsunfällen widmeten. Den passenden Tagesabschluss bildete eine Podiumsveranstaltung mit drei Aktivistinnen aus Gewerkschaften und NGOs, die sich dem Kampf gegen den Sozial- und Lohnbetrug an Landarbeitern vorwiegend aus Osteuropa, der Ukraine und Moldawien, der nicht nur in Österreich praktiziert wird, sondern auch auf deutschen Äckern stattfindet, verschrieben haben. Hier wurde nachdrücklich die politische Perspektive der Konferenz und ihres Themenkreises verdeutlicht. Der Sonnabend als Schlußtag befasste sich mit historischen Beispielen von Arbeitsbeziehungen und Arbeitskämpfen im regionalen Maßstab und mit Kämpfen um die Macht und um Bodenreformen, so etwa in Peru und in Indien.

Möge der ITH nach dieser Konferenz auf Basis der getroffenen Grundsatzentscheidungen eine sichere Zukunft vergönnt sein!

Holger Czitrich-Stahl

Die 50. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (Alcalá de Henares, 11.–14. September 2019)

Die Jahreskonferenz 2019 der mittlerweile ein halbes Jahrhundert alten und wieder auf rund 120 Mitgliedsorganisationen angewachsenen IALHI in der Cervantes-Stadt Alcalá de Henares wurde organisiert von der Fundación Pablo Iglesias, die das Gedächtnis an den Gründer der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) und des Gewerkschaftsbundes UGT hochhält. Die Konferenz stand unter dem Titel „Archives and libraries as actors in commemorative culture“. Einen thematischen Schwerpunkt bildete dabei der Spanische Bürgerkrieg, der vor 80 Jahren zu Ende ging. Verschiedene memorialkulturelle Aspekte und Projekte zu diesem Konflikt in Spanien und international wurden in den Referaten von Antonio González Quintana (Grupo de Trabajo sobre Archivos y Derechos Humanos del Consejo Internacional de Archivos), Manuel Melgar (Centro de Documentación de la Memoria Histórica), Rodrigo Lledó Vasquez (Plataforma por la Comisión de la Verdad), Almudena Rubio (IISG Amsterdam) und Meirian Jump (Marx Memorial Library London) vorgestellt. Daneben handelten mehrere Referate von anderen Memorialkulturen: Janette Martin (Society for the Study of La-

bour History) sprach über die Aktivitäten in Manchester zum 200. Jahrestag des Peterloo-Massakers von 1819, Akira Suzuki (Ohara Institute for Social Research) zur Bedeutung der Erinnerung an die Opfer der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki für die japanische Antiatomwaffenbewegung, Ioanna Kasapi und Jean-Philippe Le gois (Cité des mémoires étudiantes Paris) zum 50. Jahrestag von 1968 in Frankreich. Wie in den vorangegangenen Jahren bestand aber auch breiter Raum für Präsentationen und Workshops allgemein archiv- und bibliothekfachlicher sowie museologischer Themen und Projekte. Dazu zählten etwa die Vorstellung eines Linked-data-Projekts zu niederländischen Diamantarbeitern durch Eric de Ruijter (IISG Amsterdam), der ereignisbasierten Archivierung anhand des Schweizer Frauenstreiks 2019 durch Fabian Würtz (Schweizerisches Sozialarchiv) oder mehrere Präsentationen zu den Themen Archivierung von genuin digitalen Beständen und Webseiten sowie Retrodigitalisierung. Insgesamt bestand auch die 50. IALHI-Konferenz wieder aus einem ansprechenden Mix inhaltlicher Referate und Diskussionen und informationswissenschaftlicher Beiträge. Die 51. Jahreskonferenz findet vom 9. bis 12. September 2020 in Zürich statt.

Christian Koller

Vereitelte Chancen. Nachdenken über die „doppelte Staatsgründung“ 1949 und die Abwicklung der DDR 1989/90.

Dreißig Jahre nach dem Auftakt zum Ende der DDR überwiegen in der Mainstream-Rückschau jene Beiträge, die sich allein auf den 9. November 1989 mit der Öffnung der DDR-Grenze beziehen und damit suggerieren, es sei stets nur um die Einheit der Deutschen bzw. die Abschaffung der DDR gegangen. Dass es einen Aufbruch im Herbst 1989 gab, der einen Neubeginn in der DDR und nicht ihre Preisgabe forderte, wird gröblich vernachlässigt.

So viel Schwarzweißmalerei musste zum Einspruch auffordern. Und so führten die „Helle Panke“ (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin), das Zeitgeschichtliche Archiv Berlin-Marzahn und der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 30. Jahrestag der Großdemonstration auf dem Alexanderplatz eine ganztägige Konferenz unter dem Thema „2 Mal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten“ im „KulturGut“ Marzahn durch, um sich den Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennten Wegen und den Schlussfol-

gerungen für unsere Zeit zu widmen. Stefan Bollinger erinnerte die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Initiativen für einen erneuerten Sozialismus in den Anfangstagen der Transformation, an die Entstehung von zwei deutschen Staaten als Antworten auf den besiegten Faschismus und an den entbrannten Kalten Krieg sowie an die Notwendigkeit einer demokratisierten, friedlichen und solidarischen, auch sozialistischen Welt. In ihrem Grußwort betonte die Marzahn-Hellersdorfer Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle den Charakter der Demonstration am 4.11.1989 als des Höhepunktes einer Bewegung für eine erneuerte DDR. Die Maueröffnung am 9. November hingegen habe dem Kapitalismus den Weg geöffnet, fortan habe sich gezeigt, dass die Brüche in den Biographien selten ohne Narben verliefen. „Es scheint, als sei man ausgereist, ohne die DDR verlassen zu haben“, fügte sie an. Auch der Bezirk sei zwar bunter, aber deutlich sozial ungleicher geworden.

Dass die doppelte „Staatsgründung auf Trümmern“ vollzogen wurde, thematisierte der erste Themenblock, eingeleitet von Reiner Zilkenat. Den Historiker Wolfgang Benz zitierte er mit dessen Feststellung, dass nicht die UdSSR verantwortlich für die Teilung Deutschlands gewesen sei, sondern die von langer Hand vorbereitete Währungsreform der Alliierten vom 20. Juni 1948. Überhaupt kratzte er kräftig an der offiziellen Lesart von „Gut“ (USA) und „Böse“ (UdSSR), übrigens mit einem Zitat von John F. Kennedy. Stefan Bollinger merkte zur Sozialpolitik in der DDR an, dass sie an den Primärbedürfnissen der Menschen (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit, Bildung) angesetzt und ihre Ziele aus der antifaschistischen Verarbeitung von Krieg und Untergang bezogen habe, dennoch die DDR nicht langfristig stabilisieren konnte. Viele DDR-Bürger hätten 1989/90 aber die Erwartung gehabt, dass die sozialpolitischen Errungenschaften der DDR in den Vereinigungsprozess einfließen würden, aber der Wegfall des realen Sozialismus habe den Kapitalismus von sozialer Verantwortung befreit. Darin lag eine der vereitelten Chancen der Einheit.

Doch bleibt die DDR eine Fußnote der Geschichte? Dieser Frage stellten sich auf dem von Karlen Vesper moderierten Podium Günter Benser und Jürgen Hofmann, Die lebhafteste Debatte kann an zwei Zitaten verdeutlicht werden: „Das Erbe der DDR ist nach 1990 mit vereinnahmt worden. Darüber zu reden heiße Dialog“, meinte Jürgen Hofmann. Und Günter Benser setzte hinzu: „Solange unter „deutsch“ nur bundes-

deutsch verstanden wird, ist es um die deutsche Einheit nicht gut bestellt“. Beide Aussagen erhielten lauten Applaus.

Klaus Steinitz rief dann die gegenüber den Westzonen bzw. der BRD ökonomisch erheblich ungünstigeren Voraussetzungen der SBZ/DDR ins Gedächtnis. Der Westen habe dem Osten 95% der Reparationen für die UdSSR überlassen, ein Aderlass für die ökonomische Basis. Ein künftiges Sozialstaatsmodell müsse folgende Lehren berücksichtigen: 1. Frieden, soziale Sicherheit, Entprivilegierung, mehr Rechte und mehr Gleichheit in jeder Hinsicht, 2. Neujustierung der Planung und der Demokratie zugunsten der Demokratie, und 3. Flexibilität und Offenheit bei ungelösten Fragen wie der Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, der Methodik des Wirtschaftens und bei Entscheidungsprozessen.

Lutz Brangsch ging auf grundsätzliche Fragen der Rolle des Einzelbetriebs in den sozialistischen Volkswirtschaften ein und empfahl auch hier eine stärkere Demokratisierung und Motivierung. Herbert Hörz sprach zur Umweltpolitik in der DDR und erwähnte die neu zu bedenkenden Beziehungen von Ökonomie und Ökologie in Zeiten der Klimakrise. Christa Luft, die Wirtschaftsministerin im Kabinett Modrow, stellte klar: „Grund und Boden waren in der DDR kein Spekulationsobjekt!“. Als ver-eitelte Chance zur Erneuerung der DDR sah sie das belehrende und arrogante Auftreten der Regierung Kohl der Regierung Modrow gegenüber.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ in der BRD war keine Gabe des guten Willens der Westalliierten, sondern musste von der westdeutschen Arbeiterbewegung erkämpft werden. Frank Deppe gab einen Überblick über die Periode zwischen dem antifaschistisch-demokratischen Aufbruch 1945 und der Restauration der Ära Adenauer. Über die politische Kultur in den sechziger Jahren in der BRD bemerkte er als persönliche Erfahrung in Frankfurt/M., dass dort skandiert wurde: „Freiheit für Berlin und für Adolf Eichmann!“ Die Kämpfe der Arbeiterbewegung hätten das Grundgesetz und die Gesellschaft der BRD gegen die Restauration offengehalten. Holger Czitrich-Stahl erläuterte dies an der Begriffsgeschichte der „Sozialen Marktwirtschaft“. Nicht Ludwig Erhard sei ihr Vater gewesen, sondern die Arbeiterbewegung in der „Bizone“: Während Erhard einen ungezügelt Kapitalismus wollte, zwangen ihn die Proteste der Gewerkschaften und der Generalstreik vom 12. November 1948 zu erheblichen Konzessionen an die Arbeiterschaft und öffneten den Diskurs für das, was eigentlich die soziale Marktwirtschaft ausmachte,

einen sozialpolitisch gezügelten Kapitalismus. Thomas Goes beleuchtete die Arbeit der IG Metall über die Jahrzehnte hinweg und bilanzierte, dass die betriebliche Interessenvertretung nach 1975 immer stärker durch eine Strategie des Co-Managements ersetzt wurde. In der Debatte wurde an Erfolge der Gewerkschaften (Montanmitbestimmung, Lohnfortzahlung) ebenso erinnert wie an ihre Niederlagen (Betriebsverfassungsgesetz, de-facto-Verbot politischer Streiks).

Vor der Schlussrunde zum „Fall des Realsozialismus 1989/90“ wies Jörg Roesler nach, dass die DDR bis in die achtziger Jahre den Produktivitätsrückstand zur BRD, auch mit Mitteln des technologischen Fortschritts, verringerte. Betrug die Produktivität in der DDR 1949 noch 39% verglichen mit der BRD, so 1985 immerhin 56%. Aktuell seien es 63% im Verhältnis der „neuen“ zu den „alten“ Bundesländern. Fehler seien in der Ära Honecker gemacht worden. Christa Luft blickte auf die Initiativen der Modrow-Regierung zum Erhalt der DDR-Potenziale zurück und kritisierte rückblickend: „Der Westen verhinderte einen gemeinsamen Neuanfang“. Die Erfahrungen der DDR-Gesellschaft, die eines Neuanfangs würdig gewesen waren, wurden im Podiumsgespräch aufgezählt.

„Der eigentliche Teil der Revolution steht noch aus“. Diesen Satz von Pfr. Christian Führer stellte Daniela Dahn als Motto über ihre Ausführungen zum Verlauf der sog. „friedlichen Revolution“, von der sich die erste Welle im Herbst 1989 eine erneuerte DDR erwartet habe. Diese Erneuerung stehe nun für das gesamte Land an, sei aber schwieriger geworden. Michael Thomas regte an, „reale Utopien“ (Eric Olin Wright) zu entwickeln und zu verfolgen. Michael Klundt forderte, die noch offenen Alternativentwürfe aus der DDR nicht zu vergessen und sich kulturell nicht enteignen zu lassen. Gerd Wiegel rekonstruierte, weshalb rechtspopulistische und rechtsradikale Positionen im Gefolge dieser Form der vollzogenen Einverleibung der DDR an Gewicht bekommen konnten. Auch dies sei das Resultat einer Politik, die eine halbwegs gleichberechtigte Vereinigung vom Westen her verweigert habe.

Insgesamt machte diese gelungene, aber zu dicht „bepackte“ Konferenz deutlich, dass Alternativen aus der Wendezeit bewusst und um den Preis gebrochener Biografien und kollektiver Rückschläge vereitelt wurden. Dass sie noch in den Köpfen sind und für viele offene Fragen anregend sein könnten, wurde mehr als deutlich.

Holger Czitrich-Stahl

Neues aus der Forschung

Promotionsprojekt:

„Eduard Bernstein (1850–1932). Leben und Werk“

In der Geschichte des Deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik gibt es einen Sozialdemokraten, der, trotz umfangreicher journalistischer und historiographischer Beschäftigung mit Teilen seines Werkes, als Gesamtperson heute recht wenig präsent ist. Und das, obwohl Eduard Bernstein, der Gegenstand der Dissertation ist, sowohl als politischer Theoretiker, Politiker, Journalist, Publizist, Herausgeber und auch als Historiker hervorgetreten ist. Seine Lebenszeit umschließt die geschichtlich hochinteressante Phase nach der 1848er Revolution über den Norddeutschen Bund, das deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik bis kurz vor den Beginn der nationalsozialistischen (Schreckens-)Herrschaft in Deutschland. Zweiundzwanzig Jahre davon war sein Leben geprägt durch einen kritischen Blick von außen, aus der Schweiz und aus England, auf das deutsche Kaiserreich, seine Gesellschaft und vor allem auf ‚seine‘ *Sozialdemokratische Partei* und deren programmatische Grundlagen. Bernstein positionierte sich stets ein wenig (oder sehr) quer zum Mainstream, war dabei aber immer sachorientiert, genau und extrem uneitel.

Die Geschichtswissenschaft hat sich mit dem, von anderen so benannten, ‚Revisionismus‘, für den Eduard Bernstein für viele Menschen sicher an erster Stelle steht, zeitgenössisch und bis heute ausführlich auseinandergesetzt, aber dabei erfuhrt und erfährt die komplexe Person Eduard Bernstein durchweg nur eine sehr knappe und häufig unzureichende Berücksichtigung.

Eine weitere Begründung, sich mit der Lebensgeschichte Eduard Bernsteins, seinen politischen Vorstellungen und seiner Haltung zu beschäftigen, liegt in der gegenwärtig herrschenden Weltlage nach dem Ende des ‚real existierenden Sozialismus‘ in Europa und eines abklingenden Neoliberalismus begründet. In einer solchen Lage scheint es sinnvoll zu sein, neu über einen demokratischen Sozialismus nachzudenken. Dazu bietet Eduard Bernstein viele Anregungen.

Der Marxismus-Leninismus bot in der Art und Weise, wie er sich in den Staaten des ‚Ostblocks‘ präsentierte, offensichtlich nicht die Lösung für eine fortschrittliche soziale Demokratie. Die nun durchweg kapitalistisch organisierte Welt benötigt andere Strategien und Organisationsformen für ihre Gemeinwesen. Diese sollten eine stärkere soziale Orientierung erhalten, sich um ein ökologisches und nachhaltigeres Wirtschaften bemühen und die oft viel zu mächtigen,

global operierenden Wirtschaftsunternehmen einer wirksamen staatlichen oder überstaatlichen Kontrolle und gegebenenfalls einer Steuerung unterwerfen, ohne in planwirtschaftliche Exzesse zu verfallen.

Da kann Bernstein in einigen Fragen guten Rat geben. Er hat, im Gegensatz zu den meisten seiner Parteigenossen, recht früh gesehen und aufgezeigt, dass es andere als die orthodox-marxistischen Lösungen auf dem Weg in einen demokratischen und liberalen Sozialismus gibt. Ein auf dem Marxismus basierender, aber in wichtigen Punkten den tatsächlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten angepasster Sozialismus war für ihn die einzige Form der Demokratie, die sich durchsetzen könne und solle. Und dazu sollte seine Partei, die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands/SPD*, als Volkspartei für alle Schichten des Volkes und nicht als Partei einer einzelnen, gesonderten Klasse (Arbeiterklasse) aufgestellt sein. Leider waren seine Erkenntnisse auch für wohlmeinende Zeitgenossen häufig nicht annehmbar und sicher auch nicht optimal transportiert, so dass sein Freund Karl Kautsky Eduard Bernstein (und sich selbst) 1925 zu seinem 75. Geburtstag als „*Prediger in der Wüste*“ bezeichnete.

Dieser ‚Prediger‘, der, neben dem allseits bekannten ‚Revisionismus‘, auch eine Reihe weiterer Themen bearbeitet hat, die heute immer noch oder schon wieder interessieren, wie die Frage nach der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg, die Homosexualität, den Kolonialismus und die Armenierfrage, wird unter Nutzung aller archivischen und literarischen Quellen aktuell vorgestellt und die Forschungsergebnisse der Einzelsachanalysen resümierend in ein Gesamtbild eingearbeitet. Dabei findet die ganze Breite bernsteinschen Lebens und Schaffens Berücksichtigung und nicht nur der politische Mensch. Letztendlich ergibt sich aus einer solchen Darstellung die mögliche Relevanz der bernsteinschen Überlegungen für eine künftige Sozialdemokratie und vielleicht neue oder erweiterte Erkenntnisse in Teilbereichen.

Es existieren Hunderte von Einzelanalysen der bernsteinschen Vorstellungen über den Weg zu ‚seinem‘ demokratischen Sozialismus. Aber in 90 Prozent steht der sogenannte ‚Revisionismus‘ im Mittelpunkt des Interesses. Die geplante Arbeit versucht, den Stand der Forschung in Sachen Eduard Bernstein zusammenzufassen und Neues über Person, Herkunft und Motivation zu suchen und zu beschreiben. Dabei soll im Ergebnis ein ganzheitliches Bild Bernsteins und seiner Arbeit gezeichnet werden. Neben dem politischen Theoretiker und dem Parteipolitiker sind auch der Historiker, der Journalist, seine Haltung zum Judentum und last but not least der private Bernstein Gegenstand der Untersuchung und Berichterstattung.

Eine wichtige Frage in der Entwicklung des Marxisten Bernstein ist die der Beeinflussung durch die Exilzeit. Hier interessiert neben der

Schweizer Zeit bei Karl Höchberg und der Leitung des Exilorgans „*Der Sozialdemokrat*“ die Begegnung mit England, den englischen Sozialisten und vor allem den Sozialreformern der *Fabian Society*. Ebenso wird nach der Interaktion zwischen den Freunden, dann Gegnern und später wieder Freunden, Karl Kautsky und Eduard Bernstein gefragt.

Insgesamt bleiben das Bild des Menschen Eduard Bernstein, seine Antriebe und seine Zielvorstellungen in den bisherigen Veröffentlichungen blass und verschwommen. Der in der realen SPD-Politik über Jahrzehnte offensichtlich so wichtige Eduard Bernstein steht im Hintergrund, wenn man die Rezeption der großen, quasi alles erschlagenden Namen von Lassalle, Bebel, Engels, Marx, Luxemburg und Liebknecht der Wahrnehmung Bernsteins gegenüberstellt. Da half und hilft auch nicht die Bewertung des Philosophen und Marxismuskenners Leszek Kolakowski, der in Eduard Bernstein den „*eigentliche[n] Schöpfer der Ideologie der Sozialdemokratie*“, wie sie sich „*nach dem Ersten Weltkrieg als Gegensatz zum Kommunismus allgemein durchsetzte*“, sah.¹

Die Promotion stellt die Fortsetzung eines erfolgreichen Master-Studiums an der Fernuniversität in Hagen im Rahmen des Historischen Institutes der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften dar. Der betreuende Hochschullehrer ist Professor Dr. Peter Brandt.

Klaus Leesch

Zur Person:

*1947 in Stralsund; sozialisiert im Ruhrgebiet. Nach kaufmännischer Lehre Abitur auf dem zweiten Bildungsweg und Dipl.-Bibliothekar ÖB. Über 25 Jahre beim WDR in Köln als Archivar/Dokumentar tätig. Viele Jahre Leiter der Pressedokumentation des Senders. Im ‚Ruhestand‘ Masterstudium der Geschichte.

Veröffentlichung: „*Vorwärts*‘ in *Die Neue Zeit*. *Die sozialdemokratische Presse im 19. Jahrhundert*.“ Leipzig, Weissenfels: Ille & Riemer 2014.

¹ Kolakowski, Leszek: Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall. Zweiter Band. Zürich: Buchclub Ex Libris 1982, S. 122.

Vorträge

24. Oktober 2019

Gegen den Krieg! Frieden! Freiheit! Brot!

Die Agitation für Frieden und Demokratie durch die im Ersten Weltkrieg nach Holland desertierten Linkssozialisten Carl Minster und Wilhelm Pieck und ihre Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst, 1917, 1918¹

Ottokar Luban

Das neutrale Holland beherbergte während des Ersten Weltkrieges nach Schätzungen des deutschen militärischen Geheimdienstes ca. 10 bis 12.000 desertierte deutsche Soldaten. Die Grenze war unübersichtlich und nur schwer lückenlos zu überwachen. Es herrschte ein reger Verkehr von Schmugglern und von holländischen Arbeitskräften, die in Deutschland dringend gebraucht wurden.

Die deutschen Deserteure mussten nur dann in Lagern leben, wenn sie kein eigenes Auskommen hatte, konnten aber ansonsten sich frei im Lande bewegen und eine Arbeit aufnehmen. Teilweise hatten sich die Deserteure in Vereinigungen mit meist politisch linker Ausrichtung organisiert.

Eine kleine informelle Gruppe von desertierten sozialistischen Kriegsgegnern traf sich regelmäßig in Amsterdam in der Werkstatt des Schneiders Willy Schoenbeck, ursprünglich in der Berliner SPD- Opposition aktiv. Weitere Teilnehmer waren Ewald Ochel aus Düsseldorf, Gustav Triebel und ab Anfang 1918 sein Bruder Oscar aus Barmen (heute Stadtteil von Wuppertal) sowie Arthur Hammer aus Essen, alle in Deutschland wegen ihrer illegalen Antikriegsaktivitäten strafweise zu den Soldaten einberufen und deshalb nach Holland geflüchtet.

Im Frühjahr 1917 stieß der Journalist und Herausgeber der Zeitung „Der Kampf“ (Duisburg) Carl Minster zu dieser Gruppe. Er gehörte zum linken Flügel der SPD und schloss sich 1916 der Spartakusgruppe an. Als er den Einberufungsbefehl erhielt, desertierte er im April 1917 nach Holland, gab dort sogleich eine Zeitung, wieder mit dem Namen „Der Kampf“, heraus, in der für einen Frieden und ein demokratisches Deutschland durch eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterschaft ge-

¹ Kurzfassung des gleichnamigen Vortrags am 24.10.2019 in der gemeinsam veranstalteten Vortragsreihe des Förderkreises mit dem August-Bebel-Institut Berlin.

worben wurde. Die Zeitung mit einer Auflage von zunächst 1900, später von 10–20.000 Exemplaren wurde hauptsächlich an die deutschen Deserteure in Holland verkauft, aber auch nach Deutschland geschmuggelt. Die Bedeutung Minsters für die Revolutionierung der deutschen Deserteure schätzte die militärische Abwehr besonders hoch ein: „Minster... war die leitende Persönlichkeit der gesamten revolutionären Bewegung [gemeint: der deutschsprachigen] in Holland und zweifellos der für Deutschland gefährlichste aller sich in Holland aufhaltenden Revolutionäre.“

Als Minster in Geldnot geriet, finanzierte der französische Militärattaché General Paul Boucabeille in Den Haag das weitere Erscheinen der Zeitung und setzte seine Vertrauensleute für den Schmuggel nach Deutschland ein. Boucabeille beschreibt Minster als einen sehr unabhängigen Charakter, den er aber durch die Lieferung von Nachrichtenmaterialien, verbunden mit Ratschlägen, beeinflussen konnte. Nach Boucabeille war das Ziel von Minsters Agitation zum einen die Interessenvertretung, moralische Stärkung und sozialistische Erziehung der Deserteure und zum anderen „die Vernichtung – durch eine unverzügliche Revolution – des deutschen Kaiserreiches, das die Hauptursache für den Krieg und das Haupthindernis für einen Frieden darstellte.“ Diese Formulierung, die inhaltlich auch zutrifft, war natürlich für Boucabeilles Vorgesetzte als Rechtfertigung für die Unterstützung eines deutschen Revolutionärs durch ihn, einen französischen General, gedacht. Die letztere Zielsetzung entsprach aber auch vollständig der Überzeugung Boucabeilles, der ansonsten keinerlei Sympathie für die sozialistischen Ideen empfand. Für ihn war eine Niederlage und Zerstörung des deutschen Kaiserreiches im Interesse Frankreichs das vorrangige Ziel.

Boucabeilles Unterstützung wurde auch fortgesetzt, nachdem Minster im Dezember 1917 an der Grenze zu Deutschland entführt und verhaftet worden war und die Zeitung von der an der Redaktion bereits beteiligten kleinen Gruppe deutscher linkssozialistischer Deserteure (Frau Minster, Willy Schoenbeck, Ewald Ochel, Gustav und Oskar Triebel) fortgeführt wurde. Der Druck der Minster-Zeitung erfolgte in Amsterdam in der Druckerei der „De Tribune“, dem Organ der holländischen Linkssozialisten um Wijnkop, Ravenstijn, Henriette Roland-Holst, Pannekoek, die ebenfalls vom französischen Militärattaché finanziell unterstützt wurden. Angeblich sollte ein reicher belgischer Fabrikant der Geldgeber sein.

„Der Kampf“ wurde weiterhin reichlich unter den Deserteuren verbreitet, gelangte nicht nur in die niederrheinische Region, sondern erreichte u. a. auch Essen, Mainz, Mannheim und Berlin.

Im Februar 1918 gelangte Wilhelm Pieck nach Holland. Pieck war stellvertretender Sekretär des Zentralbildungsausschusses der SPD und gehörte seit Beginn des Krieges zur Gruppe um Rosa Luxemburg, der späteren Spartakusgruppe. Nach Einberufung zur Armee im Oktober 1915 und Fronteinsätzen desertierte er im Oktober 1917, lebte danach illegal in Berlin und floh dann nach Holland. Dort schrieb er Artikel für den „Kampf“ und trat bei von der Redaktion organisierten Versammlungen der Deserteure auf.

Mindestens einmal, und zwar im September 1918, unternahm er im Auftrage Boucabeilles eine Reise nach Berlin, um dort die Lage bei den deutschen Revolutionären um Emil Barth zu erkunden. Diese hatten im Sommer 1918 Emissäre nach Holland geschickt, um von den holländischen Linksozialisten Geld für die Waffenbeschaffung zu erhalten, mussten dann aber mit den wahren Geldgebern, den französischen Agenten, verhandeln, allerdings ohne die erhoffte finanzielle Unterstützung zu erlangen. Am 3. November 1918 kam trotz der mehrfachen starken Befürwortung durch den Militärattaché Boucabeille aus Paris die Order, alle Zahlungen an die deutschen Revolutionäre endgültig zu stoppen. Clemenceau, der französische Ministerpräsident – gleichzeitig Kriegsminister – befürchtete wohl eine revolutionäre Ansteckung für Frankreich.

Wilhelm Pieck kehrte am 26. Oktober 1918 nach Berlin zurück und nahm dort zusammen mit Karl Liebknecht an den Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand durch das Revolutionskomitee unter Führung der Revolutionären Obleute teil.

Archivalische Quellen und Literatur

Centre historique des archives à Vincennes (Frankreich). A) GR 5 N 188, B) MV SS Xg 3 ; MV SS Xg 4..

Bundesarchiv Berlin, SAPMO, NY 4036/14.

Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15861.

Henning Köhler: Beziehungen des französischen Geheimdienstes zu deutschen Linksradi kalen 1917/18, in: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft, Bd. 37, Berlin, New York 1972, S. 189-208.

Kurt Koszyk: Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster: 1873–1942

AfS Bd. 5 (1965). http://library.fes.de/jportal/portal/receive/jportal_jparticle_00010032?XSL.toc.pos.SESSION=1

Ewald Ochel: „Was die nächste Zeit bringen wird, sind Kämpfe“. Erinnerungen eines Revolutionärs (1914–1921). Hg.: Joachim Schröder, Berlin 2018.

Jean Claude Montant: La propagande extérieure de la France pendant la Première Guère Mondiale. L'exemple de quelques neutres européens. Thèse pour le doctorat de l'état, université de Paris I, Panthéon-Sorbonne, Juni 1988, Microfiche.

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2019

Auch im Geschäftsjahr 2019 konnte der Förderkreis auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen. Die „Mitteilungen“ haben sich auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Veranstaltungen und Kooperationen des Förderkreises sowie seiner Mitglieder bezeugen eine positive Vernetzung unserer Arbeit mit anderen wissenschaftlich und kulturell tätigen Institutionen, Publikationsorganen und Organisationen.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1 Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

Im Frühling und Herbst erschienen die Hefte 55 und 56 der „Mitteilungen“ unter der redaktionellen Federführung von Elke Reuter und Alexander Amberger. Unsere Zeitschrift leistete im letzten Jahr weitere Beiträge zu den Debatten anlässlich des 100. Jahrestages der Novemberrevolution und des 100. Todestages der Ermordung Rosa Luxemburgs 1918/19 und zum 70. Jubiläumsjahr der „doppelten Staatsgründung“ 1949. Dazu trugen nicht zuletzt die dokumentierten Quellen und Dokumente bei (Siegfried Prokop), aber auch Diskussionsbeiträge, Besprechungen und Berichte.

Fortgesetzt wurde das Vorstellen von Archiven und Bibliotheken, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen. Die Bandbreite der vorgestellten Einrichtungen hat sich erstmals um Einrichtungen erweitert, in denen nicht vorwiegend die Arbeiterbewegung dokumentiert wird, sondern auch weitere sozialgeschichtlich relevante Bewegungen und Strömungen wie die Jugendbewegung.

Die Vorträge von Holger Czitrich-Stahl über Arthur Stadthagen (Dezember 2018/Resümee) und von Manfred Neuhaus über die Erkenntnisse des 200. Marx-Jahres 2018 anlässlich unserer Jahresversammlung im Mai 2019 wurden in den Heften 55 und 56 abgedruckt.

Die „Mitteilungen“ werden im Laufe des Jahres 2020 eine Umgestaltung erfahren und so ästhetisch etc. modernisiert erscheinen, ohne aber ihren Charakter einzubüßen.

1.2. Veranstaltung „Zweimal Deutschland 1949“ am 4. November 2019

Mit den Kooperationspartnern „Helle Panke“, Zeitgeschichtliches Archiv e.V. (ZGA) und dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. (BBB) führten wir am 4. November 2019 im KulturGut Marzahn die ganztägige Konferenz zur

70. Wiederkehr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (23. Mai 1949) und der Deutschen Demokratischen Republik (7. Oktober 1949) „Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten – Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege“ durch. Die Veranstaltung war mit ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht und hochkarätig besetzt. Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle hielt ein Grußwort. Einige unserer Mitglieder waren an den Podien beteiligt und werden durch Buchbeiträge vertreten sein. Die Beiträge der Konferenz sind der Öffentlichkeit mittels einer DVD und der filmischen Dokumentation zur Verfügung gestellt. Eine Buchpublikation, für die unser ehemaliger Vorsitzender Reiner Zilkenat als Mitherausgeber zeichnet, ist für 2020 bei edition bodoni vorgesehen.

1.3 Vorträge

Auch 2019 setzten wir die Tradition fort, die Forschungsergebnisse aus unseren Tätigkeitsfeldern und von unseren Mitgliedern der interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei mussten aber durch den Wegfall des Lesesaals der SAPMO im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde neue Kooperationspartner gewonnen werden, um die Vortragsreihe weiterzuführen. Mit dem August-Bebel-Institut führten wir zwei Vortragsveranstaltungen durch: 1. am 23. Mai 2019 mit Jörg Wollenberg: „Revolution und Erwachsenenbildung. 100 Jahre Volkshochschule“; 2. am 24. Oktober mit Ottokar Luban: „Gegen den Krieg! Frieden! Freiheit! Brot! Die Agitation für Frieden und Demokratie durch die im Ersten Weltkrieg nach Holland desertierten Linksozialisten Carl Minster und Wilhelm Pieck und ihre weitgehend unbekannt gebliebene Zusammenarbeit mit dem französischen Geheimdienst, 1917, 1918“.

Es folgte als Kooperation mit der „Hellen Panke“, dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und mit dem AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West:

3. am 5. Dezember 2019 mit Dietmar Lange: „Die Ära der Kaninchen ist zu Ende! – Die Streikbewegungen bei Fiat-Mirafiori in den 1960er und 1970er Jahren“.

Die ersten beiden Vorträge wurden von ca. 25–30 Personen, der dritte Vortrag von rund 45–50 Personen besucht.

Wir werden die Veranstaltungsreihe in den nächsten Jahren aus eigenen Kräften fortsetzen können, wenn es uns gelingt, die 2019 aufgenommenen Kooperationen fortzuentwickeln bzw. neue Partner zu gewinnen.

1.4. Webseite

Sylvia Gräfe hat in bewährter Weise unsere Webseite betreut und gepflegt. Die notwendigen Aktualisierungen wurden zeitnah vorgenommen. Eine Er-

weiterung erfolgte durch die Aufnahme von Textbeiträgen, die nicht für unsere Mitteilungen verfasst wurden oder außerhalb unserer Vortragsreihe entstanden sind. In der neu geschaffenen Rubrik „Debatte“ werden künftig bei Bedarf und Aktualität Beiträge veröffentlicht, deren Länge die Möglichkeiten der „Mitteilungen“ überschreitet bzw. die zur Diskussion einladen sollen.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO-BArch und Interessenvertretung der Mitglieder

Die bisher bewährte Zusammenarbeit mit der Stiftung erfolgte bislang über die Gestaltung der gemeinsamen Vortragsreihe. Durch den Wegfall des Lesesaals der SAPMO als Veranstaltungsort ist diese produktive Zusammenarbeit stark erschwert worden. Eine Änderung ist aktuell nicht zu erwarten. Wie das Protokoll unserer 28. Jahresversammlung ausweist, hat sich der Förderkreis auf dieser Versammlung ausführlich mit dem Projekt „Die Zukunft der Stasi-Unterlagen“ befasst, das vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR und vom Präsidenten des Bundesarchivs dem Deutschen Bundestag unterbreitet wurde. Die Versammlung beschloss einstimmig, unsere Bedenken zusammenfassend zu formulieren und den zuständigen Abgeordneten des Bundestages zu unterbreiten.

Eine von Günter Benser mit Unterstützung von Kurt Metschies und Gerlinde Grahn erarbeitete Stellungnahme wurde den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Partei Die Linke übersandt. Eine weitgreifende Information wurde von Günter Benser an Gremien und Persönlichkeiten der LINKEN gerichtet, die als einzige Partei auf unsere Eingabe reagierte. Zudem machte er in einem der Zeitung „neues deutschland“ gewährten Interview auf dieses nicht zu akzeptierende Vorhaben aufmerksam.

Die hier genannten Dokumente haben über unsere „Mitteilungen“ und unsere Website sowie durch Übernahmen erhebliche Verbreitung und von vielen Seiten generelle oder grundsätzliche Zustimmung gefunden. Genannt seien hier nur der Vizepräsident des Bundesarchivs a.D. Dr. Klaus Oldenhage, der langjährige Direktor der SAPMO-BArch Dr. Konrad Reiser, die in führenden Funktionen des DDR-Archivwesens tätigen Professoren Dr. Reinhard Kluge und Dr. Botho Brachmann, der Unterzeichner des zwischen der Bundesrepublik und der PDS abgeschlossenen „Einbringungsvertrages“ MdB Dr. Gregor Gysi. Auf die Problemlagen konnte Günter Benser in einer Sitzung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE und auf der Jahresversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung aufmerksam machen. Er nahm überdies an zwei sachbezogenen Beratungen im Karl-Liebknecht-Haus teil, für die er Argumentationshinweise erarbeitete. Wir können feststellen, dass wir nachweislich dazu beigetragen haben, die einbringenden Institutionen für die Problemlagen und für ihre Verantwortung zu sensibilisieren.

Gleichwohl müssen wir einschätzen, dass sich unsere Bedenken und Einwände – vor allem gegen die Schaffung eines „Archivzentrums zur SED-Diktatur“ – in den bisherigen Debatten nicht wiedergespiegelt haben. Allerdings können wir mitteilen, dass am 9. Januar 2020 im Hause der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eine Beratung mit den wichtigsten Einbringern von Archiven in die SAPMO-BArch stattgefunden hat, was nicht zuletzt unseren beharrlichen Initiativen zu verdanken sein dürfte. Dort wurde vom Bundesarchivpräsidenten und von der Kuratoriumsvorsitzenden versichert, dass die mit den Einbringern abgeschlossenen Verträge eingehalten werden und von einer Struktur mit der Bezeichnung „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ Abstand genommen wird.

Der Vorstand des Förderkreises hat sich auf jeder seiner Sitzungen mit dem Echo auf unsere Interventionen und dem Sachstand befasst, wobei er sich stets auf die Kompetenz von Kurt Metschies stützen konnte. Wir werden den Fortgang des Geschehens auch weiterhin kritisch begleiten.

3. Beziehungen zu anderen Vereinigungen

3.1. Berlin-Brandenburgisches Bildungswerk

Erfolgreich fortgesetzt wurde die Kooperation mit dem Zeitgeschichtlichen Archiv e. V. (ZGA) und dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. (BBB). Siehe unter Pkt. 1.2

3.2. ITH

Im Berichtsjahr 2019 nahm Holger Czitrich-Stahl als Vereinsvorsitzender und als Referent an der 55. ITH-Konferenz in Linz teil und verfasste den Bericht für Heft 57 der „Mitteilungen“. Das Thema der 55. Konferenz vom 5. bis 7.9.19 lautete „Arbeit auf dem Land: Akteur*Innen, Gesellschaften und Umwelten“. Die 56. ITH-Konferenz findet unter dem Leitthema „Kapital, Migration und die Linke“ in Linz/Oberösterreich vom 24.–26. September 2020 statt.

3.3 IALHI

Im Heft 55 unserer „Mitteilungen“ wurde ein Bericht über die 49. Tagung (September 2018 in Mailand) veröffentlicht.

3.4 Andere Vereinigungen und Publikationen

Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung wird bei einem Buchprojekt anlässlich des 170. Geburtstages von Eduard Bernstein fortgesetzt werden (Holger Czitrich-Stahl).

Unsere Arbeitskontakte zur „Hellen Panke e.V.“ bewährten sich in Sachen Druck unserer „Mitteilungen“, aber auch hinsichtlich der

Vortragsveranstaltung am 5.12.2019 (Dietmar Lange) und im Gedenken an das Lebenswerk unserer am 10.12.2018 verstorbenen Mitbegründerin Annelies Laschitza.

Weitere gute Arbeitskontakte bestehen zum „Förderverein Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (siehe 5.12.19), zum „Zeitgeschichtlichen Archiv“ in Berlin-Marzahn, von dem das Symposium „Zweimal Deutschland“ mitgetragen wurde, zur „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ im Bund und dank Manfred Neuhaus' Bemühungen weiterhin in Sachsen, zur „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“, seit 2018 auch zum „Koordinationskreis Unvollendete Revolution 1918“ und zum August-Bebel-Institut, mit dem wir 2019 zwei Vorträge organisierten. Die Kooperation mit der „Johannes-Sassenbach-Gesellschaft“ liegt wegen der Verlagerung der Vortragsreihe zurzeit brach, wenngleich ein Informationsaustausch besteht.

Wir haben also einige unserer Arbeitskontakte vertiefen können. Dies schlägt sich auch in der Zusammenarbeit mit Publikationsorganen nieder. Beiträge zu unserer Arbeit oder von unseren Mitgliedern finden sich in vielen fachwissenschaftlichen Publikationsorganen bzw. in den Fachsparten einiger Zeitungen. Personell gute Kontakte bestehen weiterhin zur „Hugo-Preuss-Stiftung“ und zur „Paul-Löbe-Stiftung“ in Berlin. Auch in deren Publikationen sind Vereinsmitglieder vertreten. Dies gilt auch für die Mitarbeit an dem Buch von Isaf Gün/Benedikt Hopmann/Reinhold Niemerg (Hrsg.): Gegenmacht statt Ohnmacht. 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz, erschienen im Dezember 2019 im VSA-Verlag Hamburg.

Doch sollten unsere Anstrengungen dahin gehen, unsere Kontakte dorthin zu verbessern, wo auch ein jüngeres Publikum und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ansprechbar sind.

4. Vereinsangelegenheiten

Auch 2019 mussten wir wieder Abschied nehmen: Es verstarben unsere Mitglieder Prof. Dr. Ursula Herrmann, Ulrich Lamberz, Dr. Dieter Schuster und Erhard Weigel.

Die Vorstandssitzungen wurden am 6.3., 23.5., 12.9., 24.10. und 5.12. durchgeführt, im März und im September im Vereinszimmer. Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch im Berichtszeitraum auf den Sitzungen den „Mitteilungen“ und den anderen Vorhaben und Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet. Dagmar Goldbeck verantwortete wie bisher den Vertrieb der „Mitteilungen“, Sylvia Graefe informierte über unsere Webseite, Elisabeth Ittershagen legte die Finanz- und Mitgliederentwicklung dar. Rainer Holze unterstützte u.a. die Redaktion bei der Gewinnung von Autoren und Rezensenten für die „Mitteilungen“.

Auf jeder Sitzung besprach der Vorstand die aktuellen Entwicklungen zur Zukunft der SAPMO und das entsprechende Vorgehen zur Vertretung der diesbezüglichen Vereinsanliegen.

Am 4. Mai beschloss die Jahreshauptversammlung die Einrichtung eines „Wissenschaftlichen Beirats“ der Mitteilungen. Die Kommunikation und Kooperation verlief bislang unauffällig und positiv. Bei der Gewinnung neuer Mitglieder leisteten Beiratsmitglieder Unterstützung.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben.

Personalien

Dr. Reiner Zilkenat (20. Mai 1950 – 26. Februar 2020).

Ein Historiker und Antifaschist mit Leib und Seele ist von uns gegangen.

Am 26. Februar 2020 verstarb plötzlich und unerwartet unser Freund und Kollege Dr. Reiner Zilkenat wenige Monate vor Vollendung seines 70. Lebensjahres. Mit Reiner Zilkenat verliert der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung seinen ehemaligen und langjährigen Vorsitzenden. Von 2011 bis 2018 lenkte er die Geschicke unseres Vereins, und man muss uneingeschränkt sagen: zum Guten.

Seine wissenschaftliche Kompetenz erwarb er im Westen wie im Osten des geteilten Berlins. Das erklärt sich daraus, dass er in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins seine politische Heimat gefunden hatte. Von 1970 bis 1976 studierte er an der Freien Universität Berlin Geschichte und Politikwissenschaften. In seiner Magisterarbeit hat er sich mit dem Flottengesetz von 1898 und den Reaktionen der deutschen Sozialdemokratie beschäftigt. Gemeinsam mit Peter Brandt gab er ein „Preußen-Lesebuch“ heraus. 1989 wurde er an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften bei ZK der SED promoviert. Sein Dissertationsthema war der Berliner Metallarbeiterstreik 1930 und die Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins. Geschichte der Arbeiterbewegung einschließlich des Agierens ihrer Gegner war und blieb das bevorzugte Forschungsfeld des Historikers Zilkenat. Der Umbruch von 1989/1990 ließ ihn seine Positionen selbstkritisch überprüfen, aber nicht seine politischen und wissenschaftlichen Überzeugungen über Bord werfen. Im Laufe der Jahre hat er einen Forschungsertrag von bleibendem Wert zur Geschichte der Weimarer Republik und den Ursachen ihres Untergangs, zur Rolle ihrer rechtsextremen, rassistischen Totengräber, zum Antisemitismus und seinen verheerenden Folgen beigesteuert, häufig in polemischer Auseinandersetzung mit reaktionären Politikern und Historikern. Sein auf gründliches Archivstudium gestütztes Forschungsinteresse verband

und verbindet sich nicht nur mit steter schriftlicher und mündlicher Popularisierung eines antifaschistischen Geschichtsbildes, sondern auch mit unmittelbarem persönlichen politischen Engagement, so zum Beispiel in der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE. Unermüdlich war Reiner als Referent unterwegs: Das Erinnern an die Katastrophe der jungen Demokratie von Weimar durch den Aufstieg des Nationalsozialismus war sein Hauptanliegen, sein Lebensthema. Gleichgesinnte Fachkolleginnen und Fachkollegen brachte er zu wissenschaftlichen Konferenzen und Kolloquien zusammen. Häufig schrieb er für die „Junge Welt“ und andere linkssozialistische und marxistische Zeitungen und Zeitschriften, hielt Vorträge vor Vereinen oder bei der Seniorenakademie. Zuletzt galt seine Aktivität dem Gedenken an den Generalstreik der Arbeiterklasse gegen die Kapp-Lüttwitz-Putschisten im März 1920.

Es verdient höchsten Respekt, was Reiner Zilkenat neben seiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer in der Erwachsenenbildung nicht nur auf dem Felde der Geschichtsforschung, sondern auch in seinen ehrenamtlichen Funktionen geleistet hat. Mit seiner am 21. Mai 2011 erfolgten Wahl zu unserem Vereinsvorsitzenden hat sich der Aktionsradius unseres Förderkreises spürbar verbreitert. Gut vernetzt, hat er weitere Kooperationspartner gewonnen, uns eine größere Öffentlichkeit erschlossen, als Herausgeber unserer „Mitteilungen“ für die Erweiterung ihres Umfangs und ihres Informationsgehaltes Sorge getragen und ergänzende selbständige Veröffentlichungen angeregt und realisiert. Besonders das Zusammenwirken mit dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. ermöglichte die Durchführung gutbesuchter wissenschaftlicher Tagungen zu zentralen Themen beziehungsweise Jahrestagen – so zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, zum 90. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution und zum 70. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung. Die Erträge dieser Veranstaltungen fanden ihren Niederschlag in der von Reiner Zilkenat und Marga Voigt herausgegebenen, im Verlag unseres Vereinsfreundes Marc Johne – edition bodoni – erscheinenden Schriftenreihe Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte.

Nach siebenjähriger erfolgreicher Tätigkeit als Vereinsvorsitzender sah sich Reiner Zilkenat im September 2018 gezwungen, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niederzulegen. Das hinderte ihn nicht, weiter der Demokratie und dem Antifaschismus zu dienen. Der Tod hat ihn mitten aus seiner Arbeit gerissen. Mit ihm verlieren wir einen prägenden Freund und Mitstreiter, dessen Klugheit und Kreativität wir vermissen werden.

Prof. Dr. Günter Benser
(Vorsitzender 1992–2011)

Dr. Holger Czitrich-Stahl
(Vorsitzender seit Oktober 2018)

Dr. Rainer Holze 80

Unser unermüdlicher Mitstreiter Dr. Rainer Holze begeht am 19. Mai 2020 seinen 80. Geburtstag. Und was könnte man einem Jubilar Besseres nachsagen, als dass er sich guter Gesundheit und nach wie vor großer Vitalität erfreut! Es hieße Eulen nach Athen tragen, würde man es als etwas Ungewöhnliches darstellen, dass sich Rainer mit nie erlahmendem Einsatz, sprudelnder Energie und großer Fürsorge um unseren Förderkreis und besonders um unsere „Mitteilungen“ kümmert. Dass sie an beständiger und hoher Qualität, an Bandbreite und an Anerkennung gewonnen haben, ist zu einem beträchtlichen Teil ihm zu verdanken. Viele Beiträge, nicht zuletzt jene zu raren und lehrreichen Dokumenten der Zeitgeschichte, gehen auf Rainers Autorenansprache zurück. Es ist der nimmermüde Blick auf Neuerscheinungen und neue Entwicklungen in der historischen Publizistik, der ihn antreibt, Pflöcke zu setzen. Seine Mitarbeit in der Redaktion der „Mitteilungen“, gemeinsam mit Birgid Leske und, ein wenig im Hintergrund verbleibend, Kurt Metschies, formte die gegenwärtige Gestalt unserer Zeitschrift. In der Heftreihe von Nr. 24 bis Nr. 50 erkennt man unschwer seine Handschrift, von der formalen Gestaltung bis zur Erweiterung der Rubriken. Seit seinem Ausscheiden aus der Redaktion ist Rainer stets eine verlässliche Unterstützung geblieben. Sowohl für die Expedition der „Mitteilungen“ als auch für mannigfache Besprechungen in anderen Publikationsorganen oder für Rezensenten für die „Mitteilungen“ sorgte nicht zuletzt er. Ob es neue, auch junge Mitglieder des Fördervereins oder junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind, die ihre Vorhaben in den „Mitteilungen“ vorstellen, oft hatte vorher Rainer die Initiative ergriffen oder angestoßen. Und so bleibt er der gute Geist, der stets antreibt und selten rastet. Man findet ihn überdies als Rezensenten oder Berichterstatter, sei es z.B. in „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ (vormals „JahrBuch“), im „Neuen Deutschland“, der „Links!“ oder in der „Zeitschrift marxistische Erneuerung“ und der „Jungen Welt“, aber auch als Menschenfischer, wenn es um die Ehrung von Kolleginnen und Kollegen geht. Wer dächte da nicht an die Gedenkbroschüre für unsere Annelies Laschitzka? Ein besonderes Anliegen waren ihm stets die Publikationen unseres Fördervereins, für die er unerlässlich aktiv war, so z.B. „1945. Eine ‚Stunde Null‘ in den Köpfen?“ und „Basisdemokratie und Arbeiterbewegung“, aber auch „Mensch sein, das heißt...“, die er als Verfasser bzw. Mitherausgeber mitgestaltete, und unsere Festschriften, aber auch die beiden Bände „Archivare der Arbeiterbewegung“. Vieles mehr könnte man aufzählen. Woher Rainer diese Kraft nimmt, ist vielleicht sein Geheimnis. Wir wollen ihm wünschen, dass sie ihm noch lange zur Seite stehen möge! Herzlichen Glückwunsch, Rainer Holze!

Holger Czitrich-Stahl

Aktivitäten von Vereinsmitgliedern

Interview mit Prof. Dr. Siegfried Prokop

Was waren Deine Beweggründe, unseren Förderkreis so nachhaltig zu unterstützen und dann auch noch Mitglied des wissenschaftlichen Beirates unseres Fachorgans zu werden?

In den Jahren nach der Wende konzentrierte ich mich auf die Alternative Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte, das Kuratorium der Ostdeutschen Verbände und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Eine stärkere Hinwendung zum Förderkreis erfolgte 2012 in Vorbereitung eines Kolloquiums aus Anlass des 80. Geburtstages von Günter Benser. Der Bitte, für Günter Benser eine Laudatio vorzubereiten, kam ich gern nach, weil ich ihn als Fachkollegen schon seit Jahren kannte und außerordentlich schätzte. Es ergab sich dann, dass ich mit Rainer Holze die Ergebnisse des Kolloquiums als Buch im Karl Dietz Verlag herausgab.¹

In diesen Jahren empfand ich es als großen Mangel, dass nach dem Tode von Manfred Behrend und der Beendigung der aktiven Tätigkeit durch Siegfried Schwarz Forschungsergebnisse ostdeutscher Provenienz nicht mehr hinreichend in Zeitungen und Zeitschriften besprochen wurden. Im Förderkreis fand ich für mein Anliegen offene Ohren. Es kam bald zu einer Veränderung dieser Situation.

Birgid Leske und Rainer Holze, die die Redaktion der „Mitteilungen des Förderkreises“ innehatten, signalisierten, dass ich sie in ihrer Tätigkeit durch die Vorstellung von interessanten Archivdokumenten unterstützen könnte. Dieses Angebot nahm ich gern an, da ich über zahlreiche Exzerpte und Konspekte in Karteikästen und in einer dBase-Datenbank verfüge.

Wie könnte unser gemeinnütziger Verein seine Tätigkeit noch weiter qualifizieren?

Ein richtiger Ansatz zur Profilierung des Förderkreises wurde 2015 mit dem Kolloquium „1945 – Eine ‚Stunde Null‘ in den Köpfen? Zur geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus“ gefunden. Die Ergebnisse des Kolloquiums wurden 2016 vom Förderkreis

¹ Vgl. Rainer Holze, Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag. Berlin 2012.

und dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk als Buch herausgegeben. Es folgte dann Reiner Zilkenat mit dem Kolloquium zur Novemberrevolution, dessen Ergebnisse 2018 ebenso vom Bodoni Verlag publiziert wurden. Diese Kolloquien-Reihe sollte unbedingt fortgesetzt werden.

Was bewog Dich zu Deinem neuen Buch? Welchen Stellenwert hat es für Dich im Kontext Deiner zahlreichen Publikationen zur DDR-Geschichte?

Mein erstes Buch „Studenten im Aufbruch. Zur studentischen Opposition in der BRD“ erschien 1974 zeitgleich in der DDR und in der Bundesrepublik. Das Thema war damals „in“, aber an der Humboldt Universität war die Geschichte der Bundesrepublik plötzlich kein Lehrfach mehr. Angesagt war in der Honecker-Ära die Abgrenzung. Auf die Tagesordnung des Lehrplans kam ganz massiv die DDR-Geschichte. Das war angesichts des unzureichenden Forschungsstandes und der großen Politik-Nähe des Gegenstandes durchaus ein Problem. Ich habe einige Dozenten buchstäblich „sterben“ gesehen, wenn sie da vor etwa 100 Studenten ein Semester in zweistündigen Vorlesungen sich zur DDR-Geschichte äußern sollten. Ich sah, dass ich nur auf der Basis solider Quellenforschung eine Chance haben würde, eine solche Herausforderung mit Erfolg zu bestehen. Ich arbeitete einige Jahre im Zentralen Staatsarchiv, im Zentralen Parteiarchiv und im Zentralen Gewerkschaftsarchiv und absolvierte in Leningrad (Sankt Petersburg) eine Stashirovka, die es mir ermöglichte, vergleichende Untersuchungen der Geschichte der DDR mit der Geschichte anderer sozialistischer Länder durchzuführen. Ab 1977 durfte ich die Vorlesung halten.

Das neue Buch „Lebenswege in der DDR“ fasst meine biographischen Arbeiten der verschiedensten Genres zusammen, die nur z.T. schon veröffentlicht, überwiegend aber in grauer Literatur nahezu unauffindbar verstreut sind. Ich nahm da auch einige meiner Interviews mit antifaschistischen Widerstandskämpfern auf, weil ohne ihre Lebensgeschichte und ihr Wirken DDR-Geschichte nicht erfasst werden kann. Ferner veröffentlichte ich Bücher und Studien zum 17. Juni, zum „Kreis der Gleichgesinnten“ im Jahre 1956 und zur Geschichte der Mauer. Ein weiterer Schwerpunkt war die Sozialgeschichte der DDR-Intelligenz. Das Interview-Buch mit Alfred Neumann erlebte eine zweite Auflage. Die Harich-Biographie brachte mir einen Rechtsstreit mit der Witwe ein.

Vor dem letzten Buch erschien ja ebenfalls bei edition bodoni Dein Sammelband „Die DDR hat's nie gegeben“, zu dem es in Fachor-

ganen, Zeitschriften und Zeitungen sehr positive Rezensionen gegeben hat. Du selbst wurdest zu dem Buch zu einer ganzen Reihe von Veranstaltungen eingeladen. Welche Eindrücke vermittelten Dir diese Begegnungen mit den Lesern und Interessenten?

Dieses Buch trug in Anspielung auf den gegenwärtigen Zeitgeist den ironischen Titel „Die DDR hat’s nie gegeben“. Es enthält 23 Studien zum Zeitraum 1945 bis 1990. Die positive Resonanz hat mich überrascht. Das Buch war in einer linken Buchhandlung „Buch des Monats“, und es kam auf die Bestsellerliste Ost.

Die Teilnehmer von Veranstaltungen zu diesem Buch sind sehr interessiert an einer unverfälschten Geschichte der DDR. Viele haben die Verteufelung der DDR als „Hort des Bösen“ satt. Eine historisch-kritische Analyse der DDR-Geschichte kommt an der Zuordnung nicht vorbei, dass die DDR-Geschichte ein Bestandteil der „europäischen Emanzipationsgeschichte“ (Günter Gaus) ist. Die DDR steht in der Tradition der Pariser Kommune, die auch scheiterte, aus deren Scheitern jedoch Karl Marx wichtige Erkenntnisse ableitete.

Wie groß war die Resonanz im Westen der Bundesrepublik?

Bei Amazon wurde es mit fünf Sternen bewertet. Ein Versuch, das Buch zu verreißen, ist mir nicht bekannt – ist in einer Zeit, in der selbst die „Aufarbeiter“ die „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ fordern, auch wenig wahrscheinlich.

Deine Publikationen basieren ja stets auf einer umfangreichen und aussagekräftigen archivalischen Quellenbasis. Warum ist Dir diese so wichtig gewesen?

In der Zeit meines Studiums wurde Zeitgeschichte leicht abfällig als „Zeitungsgeschichte“ bezeichnet. Dies änderte sich erst ab Mitte der 60er Jahre. Damals begannen die zentralen Archive, Archivbestände aus der unmittelbaren Nachkriegszeit der Forschung zur Verfügung zu stellen. Die DDR kannte die im Westen üblichen 30 Jahre Sperrzeit nicht. Aber es gab verschiedene Absicherungen, die manche Historiker scheuten. Sämtliche Quellen zum 17. Juni 1953 z.B. waren gesperrt, mit Ausnahme von Entwürfen von Zeitungsartikeln. Nach Konsultation mit Heinz Heitzer und Karl Reissig entschied ich mich für die Untersuchung des Umbruchs von den fünfziger zu den sechziger Jahren mit den Schwerpunkten: Staat, Industrie, Landwirtschaft, Kultur und einen Vergleich mit sozialistischen Ländern. Ich stieß bei meinen Forschungen im

Staatsarchiv auf einen speziellen Statistik-Bestand, den Bestand E-1-St, der sehr genaue Analysen zuließ. Im Unterschied zu einer Lieblingsthe- se des SED-Politbüros, die DDR habe im Unterschied zu den sozialisti- schen Ländern die sozialökonomische Umwälzung bei ständig steigen- der Produktion vollzogen, konnte ich für die erste Hälfte der 60er Jahre einen deutlichen Einbruch der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion nachweisen. Die Industrieproduktion ging 1960 von bis dahin zweistelli- gen Zuwachsraten drastisch zurück und stagnierte zwei Jahre. Meine Untersuchung war quellengesättigt, sparte Probleme nicht aus und wandte die vergleichende Methode an, was damals in der DDR neu war. Das alles gefiel den Gutachtern meiner Dissertation B im Jahre 1978 (Walter Bartel, Heinz Heitzer, Joachim Streisand). Die Arbeit wurde dem Dietz Verlag zur Veröffentlichung vorgeschlagen. Das nach vielem Hin und Her 1986 endlich ausgedruckte Buch wurde allen Mitgliedern des Politbüros zur Kontrolle vorgelegt, wie das damals bei diesem Verlag auch im Falle anderer Titel üblich war. Günter Mittag sprach sich dafür aus, das Buch zu verbieten, allerdings wollte er wissen, ob ich der Sohn des Gerichtsmediziners Otto Prokop sei. Der Verlag riskierte eine Notlü- ge. So kam das Buch zwar in den Buchhandel, jedoch nur für drei Wo- chen. Dann war Schluss. Nur ein Bruchteil der Auflage war in den Ver- kauf gekommen, der Rest wurde makuliert.

Du kannst auf ein reiches Leben als Geschichtsforscher, Hoch- schullehrer, Buchautor, Herausgeber und Wissenschaftsorganisa- tor zurückblicken. Was bleibt aus Deiner Sicht? Welche Pläne hast Du noch für die Zukunft?

Ich habe von 1983 bis 2003 Tagesnotizen angefertigt. Die will ich zu- sammen mit meiner, auf 150 Seiten konzipierten Vita, in einem Buch publizieren. In diesem Projekt wird natürlich auch eine Rolle spielen, welche Erfahrungen ich mit den westdeutschen Abwicklern machte.²

Nachdem ich 1992 schon einen Prozess gegen meine Kündigung ge- wonnen hatte, wurde ein Bielefelder Großkaliber, Hans Ulrich Wehler, gegen mich in Stellung gebracht. Wehler bezog sich in seinem „Gutach- ten“ vor allem auf das Buch von 1986, das er nur mit großer Mühe sich hatte beschaffen können. Warum das so schwer war, danach fragte Wehler erst gar nicht. Was Günter Mittag am liebsten ganz aus der Welt geschafft hätte, bezeichnete Wehler als „Auftragsarbeit zur ideologi-

² Siegfried Prokop, Betrogen von der „Wende“. Mein Leben in Böhmen, der SBZ/DDR und im Beitrittsgebiet. Tages- notizen 1983-2003, Neuruppin 2020.

schen Festigung des SED-Regimes“ und empfahl: „Aus diesem Grunde sollte Herr Prokop nach meinem Urteil nicht als Hochschullehrer an der Humboldt-Universität weiterbeschäftigt werden.“³

Bei meinem zweiten Prozess spielte das Wehler-Gutachten nur am Rande eine Rolle. Ich gewann auch diesen Prozess. Eine erneute Berufung wurde vom Gericht nicht zugelassen.

Was dann kam, war ein grober Bruch des Einigungsvertrages, von Völkerrecht also. Der Bundestag beschloss in einer Nachtsitzung mit einfacher Mehrheit die Verlängerung des Sonderkündigungsrechts von zwei auf drei Jahre. Nach diesem Rechtsbruch waren meine gewonnenen Prozesse hinfällig.

Gibt es Ratschläge, die Du jungen Kolleginnen und Kollegen mitteilen möchtest?

Ja, die gibt es. Der große Vorteil, den der Historiker jetzt hat, die Digitalisierung, sollte schon im Studium voll genutzt werden. Der Historiker wird im Laufe seines Forscherlebens mit einer Vielzahl von Quellen und Darstellungen konfrontiert. Auf die eine oder andere Quelle oder Darstellung schnell zugreifen zu können, die einen z.B. schon vor langer Zeit beschäftigt hatte, ist ein großer Vorteil. Hinzu kommt, dass die Archive begonnen haben, der Forschung digitalisierte Bestände zur Nutzung anzubieten. Es spart sehr viel Zeit, wenn man ohne Vorbestellung der Akten und ohne zum Archiv fahren zu müssen vom eigenen Schreibtisch aus in archivalische Quellen Einblick nehmen kann.

Das Interview führten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze

³ JOURNAL für Recht und Würde, Berlin 1993, H.4, S.13.

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

André Biederbeck: Das Dortmunder Arbeitermilieu 1890–1914. Zur Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung einer sozialistischen Identität., Böhlau Verlag, Köln 2018, 426 S., ISBN 978-3-412511-10-4

Die Stadt Dortmund als „Herzkammer der Sozialdemokratie“ zu bezeichnen, ist genauso ein Gemeinplatz, wie die Erkenntnis, dass ein solch enger Bezug zu einer Stadt weder seit ewigen Zeiten bestand, noch dass er in alle Zukunft andauern muss. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihre Verankerung vor Ort liefen in Deutschland seit den Anfängen in der Mitte des 19. Jahrhunderts sehr unterschiedlich. Immer wieder angesprochen ist dabei die interessante Frage, wie sich die Arbeiterbewegung über einen rein politischen Zusammenschluss hinaus zu einem eigenen und nach außen deutlich abgegrenzten Milieu entwickeln konnte. Allgemein wird dabei das Verbot der Sozialdemokratie im Rahmen des „Sozialistengesetzes“ zwischen den Jahren 1878 und 1890 als wichtige Wegmarke genannt, da sich hier durch die gemeinsame Erfahrung der Verfolgung und Unterdrückung ein engerer Zusammenschluss der Anhänger der Partei entwickelte, der sozialräumlich u.a. durch die Nutzung nach außen hin neutral erscheinender Vereine etwa im Kulturbereich verstärkt wurde. Diese bis in die Zeit der Weimarer Republik erkennbare

Entwicklung eines sozialdemokratischen und daneben später auch eines kommunistischen Milieus gehört sicherlich zu den für die politische Stärke der Arbeiterbewegung entscheidenden Faktoren, die aber zugleich die gesellschaftliche Reichweite auch limitierten.

Die Versammlungskultur der Arbeiterbewegung war dabei immer wieder eines der zentralen Themen. Insbesondere „die Kneipe“ als Versammlungs-, Diskussions- und politischer Entscheidungsort fand dabei Beachtung. So findet beispielsweise gerne Erwähnung, dass Friedrich Ebert zu Beginn seiner politischen Laufbahn eine Gaststätte als Treffpunkt der Sozialdemokratie in Bremen betrieb. Vor diesem Hintergrund ist der Forschungsblick der vorliegenden historischen Dissertation von André Biederbeck gleich aus mehreren Gründen interessant gewählt: Zum einen richtet er den Blick auf gut zweieinhalb Jahrzehnte Parteigeschichte in Dortmund und damit einem der symbolisch aufgeladenen Orte für die Sozialdemokratie. Dabei geht er aber minutiös den tatsächlichen Versammlungsorten und ihrer Nutzung durch die Arbeiterbewegung nach. Einbezogen ist dabei nicht nur die Veranstaltungen der SPD, sondern auch die entsprechenden Aktivitäten der Gewerkschaften und der Vorfelddorganisationen. Die Arbeit konzentriert sich auf für interne oder vor allem für öffentliche Zusammenkünfte genutzte Versammlungsorte – rein informelle Treffpunkte werden nicht erfasst.

Mit der Zeit nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs ist zudem ein interessanter Zeitabschnitt gewählt, konn-

te sich in dieser Zeit doch die Sozialdemokratie als öffentliche Bewegung und politische Kraft im Deutschen Reich fest etablieren.

In seiner Einleitung stellt Biederbeck als Interesse und Zielsetzung seiner Arbeit fest, es gehe um „die Bedeutung von Räumen und Orten als Vermittlungsinstanzen von Identität“ (12). Ausführlich diskutiert er eingangs, von welchem Klassenmodell er ausgeht und lehnt ein – von ihm als marxistisch – bezeichnetes und nur auf ökonomische Faktoren orientierendes Modell ab (15ff.). Der eigene Zugang des Autors zur Beschreibung gesellschaftlicher Schichtungen folgt über die Entwicklung von Sozialmilieus, die sich an ihren Rändern überlappen können (21): So hält Biederbeck u.a. fest, gemeinsame Arbeitsstätten und Wohnviertel hätten bei einem Teil der Arbeiterschaft durchaus Klassenbewusstsein hervorrufen können, „eine sozialistische Überformung, lebensweltliche Ausdeutung und damit die Ausbildung einer entsprechenden Subkultur konnte jedoch erst an den Stätten des Vereinslebens erfolgen“ (22). In Bezug auf die detaillierte Betrachtung und Untersuchung von Gaststätten als sozialen und politischen Kristallisationspunkten liege zudem ein Forschungsdesiderat vor. Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liege auf der Versammlungs- und Demonstrationstätigkeit der Arbeiterbewegung (24). Der Autor sucht nach wiederkehrenden, „polyfunktionalen Orten“, die „durch wiederkehrende Handlungsroutinen und symbolische Markierungen zu zentralen Orten der Erinnerung und der sozialistischen Identität wurden“, und so als „so-

zialistische Knotenpunkte“ bezeichnet werden könnten (28f.).

Im Anschluss an die Einleitung beschreibt der Autor die Entwicklung der Stadt Dortmund in der Zeit der Industrialisierung. Wichtig ist hier die Feststellung der durch die Entwicklung von Zechenanlagen und weiteren Industrien bedingte Zersiedelung im Stadtgebiet. Einbezogen sind in die Darstellung zudem auch ehemals selbstständige Gemeinden, heute aber zur Stadt Dortmund gehörende Viertel. Diese Skizze bildet eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit, hängt die Wahl von Versammlungsorten doch wesentlich mit der Siedlungsstruktur der jeweiligen Kommune zusammen. Hier stellt der Autor eine „soziale Zweiteilung“ der Stadt fest, die Arbeiter seien in ihren Wohnquartieren weitgehend unter sich geblieben (73). Die räumliche Nähe allein habe jedoch nicht zwangsläufig auch zur Homogenisierung der Bewohnerschaft geführt – Trennendes könnte beispielsweise in berufsständischen Zuordnungen oder unterschiedlichen nationalen Herkünften bestanden haben (74). Instrukтив ist darüber hinaus das sich anschließende dritte Kapitel, das die Entwicklung des sozialistischen Vereinswesens im Dortmunder Raum referiert.

Mit dem vierten Kapitel zur „Topographie des sozialistischen Arbeitermilieus“ beginnt der Kern der Arbeit des Autors. Aus einer Gesamtschau insbesondere der Veröffentlichungen von Veranstaltungsankündigungen oder Berichten in der örtlichen Arbeiterpresse kommt Biederbeck auf 176 Versammlungsstätten, von denen 164 der Kategorie der Gast-

oder Schankwirtschaften zugeordnet werden könnten (112). Etwa die Hälfte der ermittelten Stätten sei jedoch nicht dauerhaft, sondern nur ein Jahr oder weniger genutzt worden (135). Das folgende fünfte Kapitel ist sodann der konkreten und detaillierten Vorstellung der wichtigsten dieser Knotenpunkte gewidmet. Mit etwa 200 Seiten ist dieser Abschnitt auch der umfangreichste der Arbeit. In der übergroßen Mehrheit handelt es sich dabei um Gastwirtschaften, die nicht von der Partei oder unmittelbaren Anhängern selbst betrieben wurden, sondern die in unterschiedlichem Maße von der Partei genutzt wurden. Einzelne Objekte wurden auch selbst betrieben, so etwa die „Schmiede“ (151ff.), ein ehemaliges Werksgebäude, das seit den 1890er Jahren in verschiedenen Funktionen als Sitz von Parteiorganisation und Presse genutzt wurde – und mit der sich die sozialdemokratische Bewegung erstmals einen eigenen dauerhaften Anlaufpunkt geschaffen habe (154f.). Im Folgenden recht knappen sechsten Kapitel geht der Autor auf die Orte der Maifeiern ein (320ff.). Diese wiesen insbesondere durch die Verbindung mit einem Demonstrationzug zum Veranstaltungsort eigene Merkmale auf, so dass hier auch Ausflugsgaststätten als Orte der Versammlung in den Blick gerieten.

Ein kurzer Ausblick zum Abschluss skizziert die weitere Entwicklung in der Weimarer Republik. Als eine wesentliche Änderung macht der Autor die Öffnung von bislang der Arbeiterbewegung verschlossenen großen Veranstaltungsorten etwa am Fredenbaum im Norden der Stadt aus, die nunmehr nicht nur

bürgerliche Parteien aufnehmen, sondern auch größere Veranstaltungen der Arbeiterbewegung.

Die Arbeit von Biederbeck ist eine sehr lesenswerte Studie. Auf Grund der mehr als einhundert Jahre zurückliegenden Zeit musste er sich dabei in erster Linie auf gedruckte zeitgenössische Quellen stützen. Eine Ergänzung durch mündliche Überlieferung bzw. Befragung damaliger Akteure, was bestimmte Veranstaltungsorte für die eigene Entwicklung bedeutet haben, war daher nicht möglich. Ergänzend könnte nach Ansicht des Rezensenten auch die Frage aufgenommen werden, welche Orte tatsächlich identitätsstiftend waren und welche von den Teilnehmenden schlicht und pragmatisch als reine Veranstaltungsorte wahrgenommen wurden – und dass identitätsstiftend eher die Veranstaltung selbst und die Art ihrer Durchführung war.

Thilo Scholle

Lothar Wieland: Hans-Georg von Beerfelde (1877–1960) und die Revolution der Wahrheit. Unter Mitwirkung und mit einem Geleitwort von Helmut Donat, Donat Verlag Bremen, Reihe Geschichte und Frieden, Bd. 44, 2019, 492 S., 18 €, ISBN 978-3-943425-83-3

In den überschäumenden Aktivitäten rund um den 9. November 1918 tauchte er auf wie ein Komet, der direkt in eine der wichtigsten Zentralen der neuen Macht katapultiert worden war: Hans-Georg von Beerfelde, preußischer Gardeoffizier, Frontsoldat, Generalstäbler – befreit von revolutionären Arbeitern aus

einer psychiatrischen Klinik, die er selbst als „Irrenbeobachtungsstation“ eingeschätzt hatte. Als am Vormittag des 10. November in Vorbereitung des für abends angesetzten Meetings im Zirkus Busch zur Wahl eines Leitungsgremiums der Berliner Arbeiter- und Soldaten-Räte im Reichstagsgebäude Soldaten, die den Schutz des Hauses übernommen hatten, ihren Soldatenrat wählten, wurde der erst am Vortage befreite Major Hans-Georg v. Beerfelde (1877–1960) unter Jubel zum Vorsitzenden des Rates benannt, um dann wenige Stunden später bei der Wahl des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldaten-Räte (dem die Rolle eines reichsweiten parlamentarischen Organs neben der Revolutionsregierung „Rat der Volksbeauftragten“ zugeordnet war) in die Funktion des Stellvertretenden Vorsitzenden gelangen sollte. Die erregende Geschichte, wie ein solcher Mann an die Spitze des leitenden Organs des zu dieser Zeit die Straßen beherrschenden Berliner Proletariats kam, ist im deutschen und Berliner Geschichtsbild fast zur Gänze ausgelöscht, und dem Donat Verlag Bremen und dessen Autor Lothar Wieland ist Dank zu sagen angesichts ihres Bemühens, diesen im besten Sinne „politischen“ deutschen Soldaten der Vergessenheit entrissen zu haben.

Beerfelde (1877–1960) entstammte einer preußischen Offiziersfamilie, besuchte traditionsgemäß die Kadettenanstalt und wurde 1897 Leutnant im Garde-Infanterie-Regiment Nr. 1. Er geriet in den Bannkreis eines protestantischen Reform-Theologen, der die Gesellschaft krank befand und sie mit einer Mixtur

aus religiösem Gemeinsinn, Naturanbetung, Volkstumskult und Rassenwahn heilen wollte (was ihn zuletzt konsequenterweise bei den „Deutschen Christen“ landen ließ...). Im Sommer 1914 quittierte B. den Militärdienst, um sich ganz diesem Umfeld zu widmen, ließ sich bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs jedoch sofort reaktivieren und lernte als Hauptmann und Kompanieführer bis einschließlich der Somme-Schlacht die Schrecken der industrialisierten Menschenschlächtereier aus erster Hand kennen. Im Frühherbst 1916 rückte er als Major in das Generalkommando des XI. Armeekorps ein, von wo aus er 1917 zum Großen Generalstab versetzt wurde, um in dessen in Berlin ansässiger Kriegsgeschichtlicher Abteilung tätig zu werden. Ebendort erlangte er durch Vermittlung regierungskritischer bürgerlicher Kreise Einblick in ein Dokument, das ihm schockartig bewusst machte, dass das an den Fronten nun schon seit Jahren ablaufende Massaker nicht – wie von deutscher Seite seit eh und je behauptet – dem Deutschen Reich durch die „Einkreisungspolitik“ der Entente aufgezwungen worden war, sondern dass die deutsche Diplomatie eine internationale Krise im Sommer 1914 ganz zielgerichtet so zugespitzt hatte, dass sie ihr den Vorwand für die Auslösung eines europäischen Krieges liefern konnte: es war ein nur in wenigen Exemplaren vorhandenes Memorandum des 1912–1914 in London tätigen deutschen Botschafters Karl v. Lichnowsky, das klarmachte, dass es die Aktivitäten der Spitzen deutscher Außenpolitik waren, die alle Vermittlungsversuche ausländischer Regierungen zur Dämpfung

der Krise abgeschmettert hatten! Das von Lichnowsky als vertraulich gedachte Papier wurde von B. – der die Konsequenzen des verbrecherischen Tuns im Schützengraben mit eigenen Augen gesehen hatte – prompt der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht: auf seine Kosten ließ er 50 Exemplare drucken, die er an den Kronprinzen, die OHL, die diversen Abteilungen des Generalstabs, das Auswärtige Amt, frühere Staatssekretäre im Umfeld des gerade gestürzten Reichskanzlers Bethmann Hollweg, Fraktionsvorsitzende der im Reichstag vertretenen Parteien, Vertreter der Spitzenbürokratie und eine Reihe von anderen Prominenten versandte – immer mit der Bitte verbunden, des Botschafters Darlegungen zu prüfen und Schlussfolgerungen hinsichtlich einer Orientierung auf einen Verständigungsfrieden mit den offensichtlich durch eine böswillige Clique in das Völkergemetzel getriebenen Gegnern daraus zu ziehen.

B.s reichlich vorhandene Blauäugigkeit ersparte ihm nicht die Enttäuschung, dass er keinen Widerhall fand und durch seinen Vorgesetzten Major Nicolai, den Chef des militärischen Nachrichtendienstes wie auch des die Zensur handhabenden Kriegspresseamtes, abgemahnt wurde, sich irgendwie politisch zu äußern. Da er sich nicht daran hielt, kam er auf Nicolais Anzeige hin wegen Befehlsverweigerung vor ein Kriegsgericht, wurde aber freigesprochen. Die Militärbükratie ging dennoch daran, den unbequemen Mahner zu entschärfen: er wurde „zur Disposition gestellt“, was ihn auf Halbsold setzte. Aber das ermöglichte es ihm auch, aus dem militärischen Gefüge von Befehls-

macht und Gehorsam auszubrechen: seit Herbst 1917 Mitglied der USPD (der einzigen Partei, die auf seine Zusendung des Lichnowsky-Memos reagiert hat!), stellte er sich im Januar 1918 während des Munitionsarbeiterstreiks an die Seite der Rüstungsarbeiter und verfasste in deren Sinn einen an Politiker der Linken und bekannte Pazifisten gerichteten „Aufruf an die Führer des deutschen Volkes!“, der ein entschiedenes Umschwenken der deutschen Politik – Weg von der Orientierung auf einen „Siegfrieden“! Hin zu einem allseits akzeptierten Verständigungsfrieden! – verlangte. In diesem Zusammenhang machte B. In einer nachfolgenden Ergänzung dann auch zum ersten Mal öffentlich, dass er der Ebert-Scheidemann-SPD wegen ihres Einknickens vor der Lüge des „Verteidigungskrieges“ eine erhebliche Mitschuld an dem Völkergemetzel anrechnete.

Bei der USPD war B. zu diesem Zeitpunkt bereits der Experte für die Kriegsschuldfrage: freigestellt von den Pflichten seines Dienstes im Großen Generalstab, widmete er sich intensiv der Analyse des „Weißbuchs“ der Reichsregierung vom 3. August 1914, mit dem dem Reichstag, der Öffentlichkeit und dem Ausland weisgemacht wurde, Deutschland sei überfallen worden. Jedoch versperrte ihm seine Naivität die Sicht auf die simple Realität: er sieht eine Gruppe von kriegslüsternden Verschwörern mit Reichskanzler Bethmann-Hollweg an der Spitze, wo er insgesamt die regierungsamtliche Weltmacht-Politik als den Schuldigen ausmachen müsste. Seine bei Wilhelm II. eingereichte Klage gegen Major Nicolai we-

gen Dokumentenfälschung im Kontext des „Weißbuchs“ brachte ihm erneut Untersuchungshaft ein, aus der heraus er seine Schuldzuweisungen an Bethmann Hollweg ungerührt fortsetzte. Das beantwortete das Establishment mit Einweisung in die Psychiatrie, aus der ihn erst die Novemberrevolution befreite.

B. war gewiss, dass mit dem Sturz der alten Gewalten eine Zeit angebrochen wäre, in der eine Abrechnung mit den seit 1914 angebotenen Lügen und deren Verbreitern angesagt war. Umso enttäuschter reagierte er auf seine alsbaldige Feststellung, dass die Revolutionsregierung „Rat der Volksbeauftragten“ die beschmutzten Strukturen des alten Herrschaftssystems unangetastet ließ – was B. für sich an dem Skandal festmachte, dass der letzte Kriegsminister des alten Regimes von den Volksbeauftragten einfach übernommen wurde (wie alle Zeitgenossen, wusste B. natürlich nicht von dem schon in der Nacht zum 10. November geschlossenen Pakt zwischen Reichskanzlei und OHL – der entscheidenden Zäsur zum Verzicht auf die Erneuerung der deutschen Herrschaftseliten...). Als Vize-Vorsitzender des Berliner Vollzugsausschusses ordnete er ohne Absprache mit anderen die Festsetzung dieses typischen Repräsentanten des gestürzten Systems an, die ob ihres Dilettantismus eklatant scheiterte und im Vollzugsausschuss heftige Empörung über „Befugnisüberschreitung“ auslöste. B. legte daraufhin seine Funktion nieder.

Obleich nun Privatmann, geisterte B. als einstiger Berufsoffizier, der sich derart sichtbar auf der Linken exponiert hat-

te, in der konservativen Presse regelmäßig als Buhmann für jede Hetze, die sich an militärischen Auseinandersetzungen mit der extremen Linken festmachte: irgendwelche Augen hatten B. stets im Stab der bewaffneten Aufmäppigen agieren sehen. B. konnte solche Gerüchte immer durch Zeugen über seinen jeweiligen Aufenthaltsort widerlegen – aber in den unruhigen Anfangsjahren der Weimarer Republik füllten sie gern die Spalten rechter Blätter. Tatsächlich war B. in den zwanziger Jahren stark beschäftigt mit etlichen glücklosen kommerziellen Unternehmungen, die seiner Familie den Unterhalt sichern sollten.

Das Grundproblem, das ihn seit 1917 beschäftigt, alarmiert und politisiert hatte – die Frage nach der Verantwortlichkeit für den abrupten Wandel einer diplomatischen Krise zum Auslöser eines Weltkrieges – ließ ihn auch in dem neuen Staat nicht los – die Konfrontation mit seinen Opponenten vertiefte sich sogar. Denn B. sah sich nun bei seinem Bekenntnis zur Schuld der deutschen Eliten am Ausbruch des Weltkrieges einer geschlossenen, jetzt auch direkt staatlich organisierten Abwehrfront gegenüber, die von ganz links bis ganz rechts reichte und von einer Kohorte von universitären Geschichtswissenschaftlern angeführt wurde: Der Artikel 231 des Versailler Friedensinstruments hatte die Alleinschuld des Deutschen Reichs völkerrechtlich sanktioniert, und die Ablegung der **Alleinschuld** war als Folge davon zur Staatsdoktrin der Weimarer Republik mutiert, für die im Auswärtigen Amt ein eigenes Referat zum Problem „Kriegsschuldfrage“ geschaffen wurde.

Wer sich gegen die nationale Einheitsfront der Verleugner stellte, setzte sich gesellschaftlicher Ächtung aus. Angesichts dessen trauten sich selbst einstige Weggefährten aus der USPD nicht mehr aus der Deckung: auch Rudolf Breitscheid bevorzugte in dieser Frage das Taktieren. Mit Stresemanns Entspannungspolitik, dem Locarno-Vertrag 1925 und dem deutschen Beitritt zum Völkerbund 1926 schienen sich die Voraussetzungen zur Entkrampfung und zur vorurteilsfreien Würdigung der Wahrheit zu verbessern. B. propagierte zu jener Zeit eine sittlich-moralische Erneuerung des deutschen Volkes auf der Basis urchristlicher Gemeinsamkeit und Ehrlichkeit, und zu letzterer fiel ihm der in Deutschland übliche Umgang mit dem Narrativ zum Ausbruch des Weltkrieges ein: das Mindeste für die in die Reihen der Völker nun wieder gleichberechtigt einziehende Weimarer Republik sei doch ihr Bekenntnis, dass das im August 1914 von der Reichsregierung präsentierte „Weißbuch“ ein lügnerisches Machwerk sei. Vom Reichsaußenminister Gustav Stresemann verlangte er Distanzierung von dem immer noch als amtliche Unterlage geltenden „Weißbuch“ und notfalls Einsicht in die Akten des Auswärtigen Amtes. Da die dortigen Beamten noch die involvierten aus der Zeit der kaiserlichen Reichskanzler waren, wurden sie natürlich gedeckt und B.s Ansinnen abgelehnt. Die in B.s Eingabe enthaltene scharfe Kritik an der Nachlässigkeit des AA bei der Aufarbeitung des „Weißbuches“ war für den Kandidaten für den Friedensnobelpreis, Stresemann, Anlass genug für eine Beleidigungsklage gegen den fanatischen

„Aufdecker“. Diese endete aber letztlich in einem Kompromiss: Der wirtschaftlich schwer angeschlagene B. nahm die als solche empfundene Beleidigung und Stresemann im Gegenzug die Klage zurück. Dahinter steckte natürlich die im Auswärtigen Amt hockende Angst, vor der Öffentlichkeit die Gesamtheit der Akten ausbreiten und dabei letztendlich die Staatsdoktrin der Weimarer Republik als auf Fälschungen aufgebaut enthüllen zu müssen.

An der demonstrativen gesellschaftlichen Ächtung B.s änderte diese gütliche Einigung nichts, und die Nazis, die den Kampf gegen das Versailler Instrument als einen Kernpunkt ihres Programms heiligten, hatten B. stets im Visier, um sich an ihm als einem Erz-Nestbeschmutzer zu rächen. Schon in der Nacht des Reichstagsbrandes von SA verschleppt und zum Krüppel geschlagen, wurde er Ende März in die berüchtigte Folterstätte „Wasserturm“ am Prenzlauer Berg verbracht. Von dort konnten ihn frühere Offizierskameraden unter Berufung auf seine Vergangenheit als Frontoffizier loseisen – offenbar aber nicht ohne entsprechende Belehrung: er resignierte.

Wenn er nach 1945 seinen alten Kampfesmut wiedergefunden hätte, wäre er auf die Tatsache gestoßen, dass es genau jene Phalanx von wütenden Ableugnern deutscher Alleinschuld auf den professoralen Lehrstühlen der Weimarer Republik war, die sich an der Spitze der bundesrepublikanischen Historiografie platzieren können. Denen trat dann erst Fritz Fischer entgegen, der mit seinen Werken „Griff nach der Weltmacht“ (1961) und „Krieg der

Illusionen“ (1969) die verkrustete Einheitsfront der Verleugner aufbrach und Beweise beibrachte, dass im kleinen Kreis der militärischen Spitzen um und mit dem Kaiser schon im Dezember 1912 der Ausbruch eines europäischen Krieges für den Sommer 1914 ins Auge gefasst worden war. Dem kleinlauter gewordenen Chor der Verleugner sprang neuerdings zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs der Australier Christopher Clark bei, der die Vorgänge in der Julikrise von 1914 in seiner voluminösen Monografie „Die Schlafwandler“ vernebelt, indem er sie in einem Meer von Details ertränkt. Der vorliegende Band gewinnt durch den ihm beigefügten Anhang mit den wesentlichsten Dokumenten, auf die B. sich berief, damit noch an Wert.

Kurt Wernicke

Andreas Fisahn/Thilo Scholle/Ridvan Ciftci (Hrsg.): Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus, Nomos-Verlag Baden-Baden 2018, Erschienen in der Reihe „Staatsverständnisse“, 250 S., 39 €, ISBN: 9-378-8487-1237-3

Was eigentlich bedeutet „Austromarxismus“, in welchem historischen Umfeld wirkte er, und besitzt er heute noch eine inspirierende Aktualität? Diesen Fragen widmet sich der von Andreas Fisahn, Thilo Scholle und Ridvan Ciftci herausgegebene Sammelband „Marxismus als Sozialwissenschaft“.

Scholle beschreibt einleitend den Komplex „Austromarxismus“ historisch, begriffsgeschichtlich und politikwissen-

schaftlich. Seine bedeutendsten Repräsentanten waren Otto Bauer, Victor Adler, Rudolf Hilferding, Karl Renner, Max Adler und Julius Deutsch, aber auch K. Kautsky. Für diese Geistes- oder Diskursgemeinschaft fand der amerikanische Marxist Boudin die Bezeichnung „Austromarxismus“. Sie entzog sich Schablonen wie „orthodox“ oder „revisionistisch“ und wirkte in all ihrer Vielfältigkeit „als eine Entwicklung in an Marx und Engels orientierter Gesellschaftsanalyse, die gerade nicht schlichte Textexegese der „großen Meister“ treiben wollte, sondern ein stetiges – auch streitiges und kontrovers zu diskutierendes – Weiterdenken mit Marx und Engels unter Einbeziehung sämtlicher anderer zeitgenössischer Wissenszugänge – kurz: eine Idee vom Marxismus als kritischer Sozialwissenschaft“. Im „Roten Wien“ mit seiner Arbeiterkultur und z.B. seiner sozialistischen Wohnungs- und Infrastrukturpolitik sind auch heute noch die Resultate des praktischen austromarxistischen Sozialismus sichtbar: „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt“ – z.B. im „Karl-Marx-Hof“ wurde diese Textzeile aus „Die Arbeiter von Wien“ Realität. Dennoch unterlag der Austromarx. in den Februarkämpfen 1934 dem Faschismus. Um 1980 erfuhr er eine kurze Renaissance insbesondere bei den deutschen Jungsozialisten und der Sozialistischen Jugend Österreichs, die sich nicht zuletzt in der „spw“ oder in den „Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD“ niederschlug. Scholle schließt mit der Feststellung, dass die zentralen Themen des austromarx. Diskurses, „Umgang und Ausgestaltung des Verfassungsstaates, Rolle

und Grenzen von Parlamentarismus für soziale Umwälzungen, der Umgang mit Nationalität und Kultur im Nationalstaat [...] auch heute noch von Bedeutung [sind]“. A. Fisahn eröffnet das erste Kapitel mit einer staatstheoretischen Auseinandersetzung des Disputs zwischen Max Adler (1873–1937) und Hans Kelsen (1881–1973), Vater der österreichischen Verfassung von 1920. Beide Texte entstanden nach 1918 und reflektierten sowohl die Staatsauffassungen des Marxismus vor 1918 und die aktuellen Entwicklungen im nachrevolutionären Österreich. Kelsens „Sozialismus und Staat“ (1920) repräsentierte den sozialdemokratischen deutschen Reformismus und Adlers Replik „Die Staatsauffassung des Marxismus“ (1922) den Versuch eines „Dritten Weges“. Letztlich landet man bei den Debatten der 1980er Jahre: Wo enden die Möglichkeiten einer friedlichen Transformation? Ab welcher Breite und Tiefe von Transformation kann man von Revolution sprechen? Wenn der Staat de facto nicht abstirbt, welche Rolle spielt er in einer (künftigen) sozialistischen Gesellschaft? Nicht grundlos wirkte sich diese Kontroverse auch auf die marxistische Staatsdiskussion nach 1945 aus und fand sich z.B. bei Wolfgang Abendroth wieder, der den Kampf um den Staat auch als Klassenkampf mit politischen und juristischen Mitteln ansah. Armin Puller schließt mit einer Betrachtung über „Demokratiethoretische Überlegungen bei Otto Bauer und Max Adler“, Folke große Detters setzt mit seinem Beitrag „Notwendigkeit und Freiheit. Austromarxismus zwischen Kant und Marx“ den Bogen fort, den Richard Saage mit seinem Beitrag über

„Karl Renners Version des *Austromarxismus*“ schließt.

Otto Bauers Faschismusreflexionen betrachtet Lutz Musner. B. erkannte schon früh, dass der italienische und der jüngere österreichische Faschismus im Kontext eines Kräftegleichgewichts zwischen den herrschenden und beherrschten Klassen bzw. Blöcken stehen. Damit stellte sich B. in die Tradition von Marx' "18. Brumaire". Sein Ansatz bietet Instrumente zur länderübergreifenden bzw. länderspezifischen Analyse neuer faschistischer und populistischer Bewegungen. Weitere Studien liefern Günther Sandner („Wiener Moderne“), Ridvan Ciftci („Austromarxismus und SPD-Linke in der Weimarer Republik“) und Eveline List („Austromarxismus und Psychoanalyse“). Gerhard Botz erweitert die faschismusanalytische Ebene um eine Studie über Bauer und K. Renner, wobei letzterer den Stalinismus ebenfalls mit den Kategorien des „Bonapartismus“ zu erfassen suchte. Uli Schöler setzt sich mit dem austrom. Demokratieverständnis auseinander und benennt originäre Positionsentwicklungen, jenseits vom deutschen Reformismus und vom Kommunismus. Auch die Schwächen des Konzepts werden erörtert.

Das Schlusskapitel fragt nach der Aktualität. Dabei stellt Fisahn fest, dass z.B. Bauers und Renners Verfassungskonzeptionen die Integration ethnisch heterogener Staaten noch heute erleichtern könnten, da beide über ein ethnisches Souveränitätsdenken hinausgingen. Scholle sieht ein großes Verdienst des Austrom. darin, dass dieser nicht bei der Auseinandersetzung über „Re-

form oder Revolution“ stehen blieb, sondern den Eigenwert des demokratischen Verfassungsstaates als „politischer Demokratie“ herausarbeitete und mit dem Konzept der „sozialen Demokratie“ verband. Der Kampf um die Erweiterung beider Demokratiekomponenten sei Teil des modernen Emanzipationsstrebens. Kolja Möller schließt den Reigen, indem er Bauers Theorie der Republik systematisch und kategorial untersucht und ihre Stärken und Schwächen – auch der Niederlage vom Februar 1934 – markiert. Dieser Sammelband bietet Lehrreiches nicht nur für die Sozial-, Politik- und Rechtswissenschaften und ihre Studierenden, sondern auch für die Debatte der Gegenwart.

Holger Czitrich-Stahl

Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR. Bd. I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945–1957; Bd. II: Kultur in der Bildungsgesellschaft 1957–1976; Bd. III: Kultur in der Konsumgesellschaft 1977–1990, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2018, 2429 S., ISBN 978-3-525-30192-0

Dieses dreibändige, zweieinhalbtausend Seiten umfassende, viereinhalb Jahrzehnte behandelnde Geschichtswerk in einer Rezension ausgewogen vorzustellen, ist fast ebenso schwierig, wie ein solches Opus zu verfassen. Deshalb erwartet der Autor nicht, dass alle Nutzer diese Bände von der ersten bis zur letzten Seite lesen; er bietet seine Beschreibung und Analyse der DDR-Kultur auch als Nachschlagewerk an. Aber das Lesen des gesamten Textes lohnt sich wegen seines reichen in ansprechender

Form dargebotenen Inhalts. Herausragend ist die Komplexität, mit der D. seinen Gegenstand untersucht und seinen Forschungsertrag vorgestellt hat. Von einem weitgefassten Kulturbegriff ausgehend, untersucht er den jeweiligen Platz von Kultur in der Gesellschaft und insonderheit im politischen Verständnis staatlicher Machtorgane, gesteuert von der ihre Führungsrolle immer rigoroser wahrnehmenden Partei SED. Verdeutlicht werden die strukturellen Entwicklungen des kulturellen Bereiches, die sich ändernden Inhalte von Kulturpolitik und realer kultureller Entwicklung, auf welche sowohl die Systemkonfrontation zu Zeiten des Kalten Krieges gravierend einwirkten, als auch machtpolitische Erwägungen, gesellschaftspolitische Visionen und das Ringen der dominierenden geistigen Strömungen. Bilanziert finden wir die in Ostdeutschland erreichten Ergebnisse der Transformationen auf dem Felde der Kultur einschließlich der hier erbrachten literarischen und künstlerischen Leistungen sowie deren Rezeption und manch anderes mehr. Das breitgefächerte Bild erfasst sowohl die von oben gesetzten Prämissen kultureller Entwicklung, die Leistungen der Künste als auch die Alltagskultur bis hin zu den Volksfesten und Jahrmärkten. Etwas unterbelichtet erscheint mir das Wechselspiel zwischen Ost und West zu Zeiten des kalten Krieges, die Dialektik von Agieren und Reagieren. Gleichwohl wird nachgewiesen, dass alle wichtigen kulturellen und geistigen Strömungen der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auch die DDR erreicht haben und zu Auseinandersetzungen herausforderten. Die Kulturgeschichte der

DDR verlief ungeachtet des Führungsanspruchs der SED und der kontrollierenden Rolle eigens geschaffener staatlicher Organe auch im kulturellen Bereich keineswegs einspurig und durchgängig von oben dirigistisch gesteuert.

Im Vorwort positioniert sich der Autor kritisch zum bislang dominierenden Umgang mit DDR-Geschichte. DDR steht für ihn nicht einengend für den ostdeutschen Staat, sondern für die ostdeutsche Gesellschaft. Er stellt klar, dass Kulturpolitik keine Erfindung der DDR-Obrigkeit war, sondern in den meisten Staaten der jüngeren Geschichte betrieben wurde und wird. So gelangt er zu einem das Gesamtwerk durchziehenden eigenen Ansatz, einer originären Perspektive der Beschreibung und Bewertung: „Der Politik wird keine Schlüsselstellung eingeräumt, sondern Kultur und Politik werden in ihrer wechselnden Hegemonie und gegenseitigen Einflussnahme betrachtet. Ausgangspunkt ist der Prozesscharakter von Kultur, hineingestellt in die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der DDR-Gesellschaft. Denn die Kultur hat auch eine andere Zeit als die Politik und die Geschichte“ (S. XXVI). Das schlägt sich auch in der von ihm gewählten, von der üblichen Periodisierung abweichenden Gliederung der Bände nieder. Mit „Übergangsgesellschaft“, „Bildungsgesellschaft“ und „Konsumgesellschaft“ – so lauten die Titel der einzelnen Bände – lassen sich allerdings die Wesenszüge der Entwicklungsstapen nur bedingt erfassen, mit anderen Begriffen aber wohl auch nicht. Etwas erstaunlich ist, dass D. eingangs nicht auch das Wechselverhältnis zwischen nationaler und

Weltkultur thematisiert und nicht auf den Einfluss der „Sowjetkultur“ auf die ostdeutsche Gesellschaft eingeht. Das trifft allerdings auf seine konkreten Darstellungen und Bewertungen einzelner Abschnitte der Kulturgeschichte der DDR weniger zu.

Jedem der Bände ist eine Einleitung vorangestellt, die auf Grundzüge der jeweiligen Periode eingeht. Der Autor beschreibt, wie die Menschen gelebt haben, die Kultur kreierten oder rezipierten. Im ersten Band wird auf die Offenheit der historischen Entwicklung verwiesen, in der die Weichen keineswegs von Anfang an unausweichlich auf Sowjetisierung Ostdeutschlands gestellt waren. Offenheit und Pluralität prägten auch die Kultur der ersten beiden Nachkriegsjahre, bis die Konfrontationen des Kalten Krieges, verbunden mit Verdrängungsprozessen, auf diesen Bereich durchzuschlagen begannen und stalinistische Strukturen und Praktiken auch in der DDR mit schlimmen Folgen zum Tragen kamen. Im Alltag unter Trümmern spielte Kultur in all ihren Facetten eine überragende Rolle. Sehr detailliert, kenntnisreich und ausgewogen finden wir die künstlerischen Aktivitäten auf dem Felde der Literatur, der Musik, der darstellenden Kunst im Theater wie im Film, der bildenden Kunst wie des Bauwesens beschrieben. Zu loben ist, wie der Autor die Entwicklungen auf dem Felde der Kultur mit dem Wirken teils tief in die Geschichte zurückreichender geistiger Strömungen in Verbindung setzt. Das gestattet ihm, die Auseinandersetzungen um Schuldfragen und deutsche Misere, um Marxismus und Christentum ausgewogen zu beschrei-

ben, den Rückgriff auf die deutsche Klassik zu erklären, Verabsolutierungen eines „verordneten Antifaschismus“ und Interpretationen, die Zeugnisse von Pluralität und Toleranz für bloße Taktik halten, zurückzuweisen.

Der nächste Abschnitt wird eingeleitet mit den im Gefolge des Kalten Krieges eintretenden grundlegenden Veränderungen, ohne auf alle Stationen der fortschreitenden deutschen Teilung einzugehen. Mit dem Übergang zur Wirtschaftsplanung erfolgten eine engere Verknüpfung von Kultur und Ökonomie sowie die Verlagerung des Schwerpunkts der Kulturarbeit und des Sports in die Betriebe, was ein wesentliches Charakteristikum der DDR-Gesellschaft werden sollte. Private Unternehmungen im kulturellen Bereich wurden zugunsten zentralistischer Strukturen zurückgedrängt. D. weist wiederholt nach, dass der Konflikt zwischen dem Bemühen um das Verdrängen von Kitsch und Trivialität einerseits und dem Kulturge-schmack und -konsum speziell der Arbeiterbevölkerung andererseits schlechthin nicht aufzuheben war. Gleich gar nicht, als die sowjetische Kampagne gegen US-amerikanische Dekadenz, gegen Formalismus und Kosmopolitismus auf die DDR überschwappte und hier von oben gesteuert wurde. Gerade in diesem Entwicklungsabschnitt offenbarten sich die Widersprüche in hervorstechendem Maß: Einerseits Engagement für die Erhaltung des Friedens und die Wiedergewinnung deutscher Einheit, Förderung von Kultur und Bildung, Wertschätzung der Intelligenz und der Künstler, andererseits zentralistische Bevormundung, ideolo-

gisch-dogmatische Ausrichtung, repres-siven Eingriffe, mit denen die DDR ihre Bündnisbestrebungen schwer belastete und sich selbst herbe Verluste ihrer kulturellen Potentiale organisierte. Belegt wird, dass im kulturellen Bereich die deutsch-deutsche Kommunikation länger und ertragreicher funktionierte als anderswo und dass es vor allem amerikanische Besatzungsbehörden waren, die diese zunehmend unterbanden und Gelehrte und Künstler drangsalierten und ausgrenzten, die an diesem Kultur-austausch teilhatten.

Dass die kulturelle Entwicklung der DDR nicht geradlinig, sondern wellenförmig, im Auf und Ab von „Tauwetter“ und „Eiszeiten“ verlief, und wie sehr hier die internationale Systemauseinander-setzung einwirkte, tritt vor allem bei der Analyse der fünfziger Jahre hervor: in der Gegenüberstellung von Verschärfung des Klassenkampfes von oben und „Neuem Kurs“ (1952–1954) sowie in dem Echo auf die Enthüllungen des XX. Parteitages der KPdSU und die Kehrt-wende zum „Kampf gegen den Revisio-nismus“ und zur Verfolgung kritisch-reformorientierter Antistalinisten. D. erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass es sich bei den führenden Köpfen der Reformen fast ausnahmslos um geschulte Marxisten, oft um langjährige Mitglieder oder Sympathisanten der kommunistischen Bewegung handelte. Auch im Nachhinein haben viele dieser Akteure beteuert, dass ihnen nichts fernergelegen habe, als die DDR und deren sozialistischen Fundamente und Perspektiven generell in Frage zu stellen. Man kann der DDR vieles anlasten, aber nicht, dass hier Sprachlosigkeit

geherrscht habe. Es gab durchaus einen Diskurs zwischen politischer Führung und kultureller Szenerie, wenngleich nicht auf Augenhöhe und mit dem erforderlichen Verständnis für einander. Hier stießen zwei Welten und zwei nicht zu vergleichende Verantwortungsbereiche aufeinander. Deshalb werden auf Dauer die Erwägungen, Motive und Erfahrungen der politischen Führung und der für Kultur Verantwortlichen einer ebenso eingehenden Prüfung bedürfen wie die ihrer Opponenten, denn hier sind in der Nachwendeliteratur Proportionen verschoben worden.

Die hier abgedruckte Rezension erlaubt es nicht, alle drei Bände in gleicher Ausführlichkeit vorzustellen. Das ist insofern auch nicht unerlässlich, da die im ersten Band praktizierte Komplexität und Vorgehensweise generell eingehalten wird.¹

Wer ein derartig weites Feld bestellt, kann nicht in allen Bereichen über Expertenwissen und Kenntnis der primären Quellen verfügen; er muss sich den Vorleistungen der Spezialisten anvertrauen, was wesentlich auf die Erschließung der „Nachwendeliteratur“ hinausläuft. Dieser lassen sich nicht wenige zutreffende kritische Analysen entnehmen, aber mitunter handelt es sich auch um sehr subjektive Äußerungen, welche die zeitgenössische Atmosphäre beschreiben, aber nicht unbedingt als allgemeingültige Urteile gelesen werden sollten. Überhaupt darf der Leser trotz der immensen Komplexität und Konkretheit der Darstellung nun auch nicht alles vom Autor erwarten. Mehr oder weniger gravierende Lü-

cken oder Disproportionen sind teils unumgänglich, mitunter aber auch insofern bedauerlich, als sie ein etwas einseitiges Bild ergeben. Das trifft zum Beispiel auf die im Ganzen gelungene Darstellung von Geschichtsverständnis, Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung zu.

Wenn es eine empfindliche Lücke gibt, so ist dies das fast völlige Ausblenden der Rolle der Blockparteien. Das ist insofern bedauerlich, weil diese durchaus partiell ihre kulturpolitische Spur gezogen haben – vor allem im Verlags- und Pressewesen – und wir ihnen nicht durchgehen lassen sollten, wie sich die Mehrzahl ihrer Vertreter durch ihr Überlaufen zu den bundesdeutschen Parteien der Mitverantwortung für Misslungenes wie für Erfolgreiches ostdeutscher Gesellschaftsentwicklung und Kulturgeschichte entzogen haben.

Das bleibende Verdienst des Autors besteht darin, dass er nicht nur ein überaus detailliertes, anschauliches Bild der DDR-Kultur gezeichnet hat und damit – ausgesprochen oder unausgesprochen – so manches Klischee vorherrschender DDR-Betrachtung widerlegt hat. So die Behauptungen, dass ein durchgängiger Untergang auf Raten stattgefunden habe, während sich doch ein historischer Prozess mit Höhen und Tiefen, mit stabilisierenden Erfolgen und krisenhaften Rückschlägen vollzogen hat; dass es sich bei der DDR um eine dem Führungsanspruch der SED absolut unterworfenen, durchweg gesteuerte Gesellschaft gehandelt habe, in der es keinerlei Spielraum für Kreativität und Individualität gab; dass alles Fragwürdige oder Verwerfliche von oben und alles

¹ Eine Würdigung aller drei Bände dieser Kulturgeschichte wurde auf der Website unseres Förderkreises eingestellt. Siehe www.fabgab.de.

Vernünftige oder Akzeptable von unten gekommen sei; dass alles Schalten und Walten vom Voluntarismus der Machtausübung diktiert war, während emanzipatorische Ziele und Impulse keine ernsthaften Handlungsmotive darstellten; dass die Floskel vom „verordneten Antifaschismus“ zu grobschlächtig ist, um die Realität zu beschreiben; dass die Reglementierungen der Kunst- und Literaturszene allgemeine Betroffenheit in allen Schichten der Bevölkerung hervorgerufen hätten; dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung überwiegend Westfernsehen geschaut habe; dass die DDR-Bevölkerung einem totalen Eingesperrt sein ausgesetzt gewesen sei, wo doch Ende der siebziger Jahre jährlich etwa zehn Millionen ins sozialistische Ausland reisten und über fünf Millionen individuell die visafreien Reisemöglichkeiten insbesondere zu Campingurlauben nutzten. Dies gilt aber andererseits auch für die Widerlegung oder Relativierung bestimmter Mythen wie der vom „Leseland DDR“ oder von der weitgehend realisierten Gleichstellung der Frauen. Es ist gerade die überzeugende Darstellung des Ineinandergreifens von Kulturpolitik, von autochthoner Kreativität von Literatur und Kunst sowie von Alltagskultur und Mentalitäten, die den hohen Wert und die Überzeugungskraft dieses Werkes ausmachen.

Günter Benser

Eberhard Aurich: Zusammenbruch. Erinnerungen, Dokumente, Einsichten, Verlag Kopie+Druck Berlin-Adlershof 2019, 480 S., 19.80 €, ISBN 978-3-00-063738-4

Das Begehen herausgehobener Gedenktage, um dezidiert das Publikum an die Würdigung von Personen oder Ereignissen zu erinnern, belebt traditionell den Buchmarkt. Die 30. Wiederkehr der Friedlichen Revolution in der DDR und deren Abschluss mit der Zusammenführung der beiden deutschen Staaten unter den Auspizien des Grundgesetzes führte u. a. zu dessen Bereicherung durch zwei Berufspolitiker aus der DDR, die beide eng mit deren Einheitsorganisation für die Jugend verbunden waren – der FDJ. Egon Krenz (* 1937) als Erster Sekretär von deren Leitungsgremium „Zentralrat“ ihr Haupt von 1974 bis 1983, wie auch dessen von 1983 bis November 1989 amtierender Nachfolger Eberhard Aurich (* 1946) sind aus diesem Anlass mit ihrer Sicht auf die Dinge aufgetreten: Krenz mit einer erweiterten Auflage seines zuerst 1999 erschienenen Opus „Herbst '89“, Aurich mit einer Selbstreflexion über seinen Entwicklungsweg, auf dem er bis nahe an das Machtzentrum der DDR herangerückt war, und wie er in der allen sichtbaren Krise des Machtgefüges mit seiner Position umgegangen ist. Für A. ist sein Buch zugleich eine Abrechnung mit seinem langjährigen Ziehvater Krenz, dem er nicht nachzusehen gewillt ist, dass dieser ihn vor nicht allzu langer Zeit in einem Nostalgie-Organ mit Häme übergoß, weil er über Makel in der der DDR

zugrundeliegenden Gesellschaftskonzeption nachgedacht hatte.

A.'s einführendes Erinnerungskapitel „Mein Herbst 1989“, das auf damalige Tagebuchnotizen zurückgeht – die ganz ungeschminkt mit damals gewiss latent vorhandenen, aber erst später formulierten Gedanken aufgefüllt wurden – erstrecken sich von Mitte August bis zum Jahresende. Sie vermitteln einen Einblick in die Ideenwelt der „Nomenklatura“ (wie nach sowjetischem Vorbild die DDR-offiziell als „Berufsrevolutionäre“ klassifizierten hauptamtlich im politischen Apparat tätigen Funktionäre benannt wurden) angesichts der seit den schon nicht mehr widerspruchslos hingenommenen Kommunalwahlen im Mai aufdämmernden Krise des Machtapparats: wir machen weiter wie bisher! Und man verbindet diesen Kurs mit der eingepflichten Lösung, den Problemen mit einer verstärkten Überzeugungsarbeit von der Richtigkeit und Erfolgsverwöhntheit der bis dato zurückgelegten Wegstrecke zu begegnen. Dem entsprach es, dass bei der ersten Befassung des alles beherrschenden Politbüros mit dem Problem der Massenflucht von DDR-Bürgern via Ungarn das altersweise Gremium feststellte, die Ursache dafür liege in der nachlässigen ideologischen Erziehungsarbeit, wie sie von der FDJ unter der Jugend geleistet werde. Der im Politbüro für Jugendpolitik verantwortliche Krenz gab diese Information weiter an A. und den Chef des Sektors Jugend im Apparat des SED-Zentralkomitees (ZK), Gerd Schulz, und regte an, dass die so ins Visier genommenen „Schuldigen“ dem Politbüro und insbesondere dessen Chef Honecker

eine Stellungnahme zuleiten mögen, in der sie die unter der Jugend verbreiteten Ansichten zum Zustand ihres „sozialistischen Vaterlandes DDR“ zur Sprache brächten und dabei ungeschminkt die beschränkte Konsumgüterversorgung, die materielle Lage insgesamt, die elementaren Schwierigkeiten in den Betrieben, die Unwahrhaftigkeiten der Erfolgsmeldungen, die Ignoranz der Leitungsebenen, die medialen Lobhudeleien, die sinnentleerten Wettbewerbsstimulanzien, die rituellen Polit-Manifestationen benennen müssten.

Unter Hinzuziehung des Leiters des Kinder-Verbandes „Thälmann-Pioniere“, Wilfried Poßner (wie A. Mitglied des ZK der SED), wurde nun mit voller Kraft an einer „Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend der DDR“ gearbeitet, die als Vorlage an das Politbüro des ZK der SED deklariert war und sich deshalb durchaus des eingeführten Neu-Sprech der „Apparatschiks“ bediente. Inhaltlich ging sie aber auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse des 1966 auf Anregung Ulbrichts hin gegründeten, international durchaus renommierten Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig zurück, die seit je als „Vertrauliche Verschlussachen“ streng behütet in Panzerschränken ihr unbeachtetes Leben gefristet hatten. Das Schriftstück sollte eigentlich noch vor dem 7. Oktober Honecker vor Augen kommen, jedoch Krenz, der es dem Politbüro zur Beratung zugänglich machen sollte, entschied, dass erst der 40. Jahrestag als Jubelfest vorübergehen solle. Die Verfasser hielten sich an den Bescheid, wagten dann aber sofort danach – am 9. Oktober – einen selbständigen Schritt

und sandten es mit Anschreiben und persönlicher Unterschrift an Honecker, verbunden mit dem Anliegen, es im Politbüro zur Debatte zu stellen. Der Adressat reagierte wütend mit der Feststellung, das sei der größte Angriff auf die SED aus den Reihen der FDJ, den er seit 1949 erlebt habe (damals hatten – was bei A.'s Kommentar nicht auftaucht – Prominente aus der Gründergeneration der FDJ dem Verband aus Protest gegen dessen Unterordnung unter die SED mit Aplomb den Rücken gekehrt...). Als erstes fiel ihm ein, dass der unterzeichnende Leiter der Abteilung Jugend im ZK-Apparat sofort abzusetzen sei. Doch ließ es sich nicht verhindern, dass die Mitglieder des Politbüros das Dokument einsehen konnten – und z.T. sogar Zustimmung signalisierten. *Beraten* wurde es jedoch nie – selbst nicht nach dem Sturz Honeckers am 18. Oktober. Denn Nachfolger Krenz zog es vor, weiterhin die Dinge nicht beim Namen zu nennen, sondern blumig eine „Wende“ zu deklarieren, deren die DDR-Bevölkerung schon mehrere in ihrer Erinnerung hatte.

Das mit ehrlicher Benennung zahlloser Defizite im täglichen Leben der „realsozialistischen Gesellschaft in den Farben der DDR“ gespickte Dokument aus dem FDJ-Zentralrat gelangte so nie in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Seit 1992 ist es im Sonderbereich SAPMO des Bundesarchivs in Berlin zugänglich, aber hier bei A. allem Anschein nach erstmals gedruckt verfügbar. Seinen Wert hat es auch nach 30 Jahren noch: es reiht sich ein in die Zahl jener Beweise, die belegen, dass es auch in der SED – von der Funktionärs-

elite bis in die Basis – einen Reformflügel gab, der der erlebten Praktizierung des Sozialismus-Konzepts ihrer sich als marxistisch-leninistisch definierenden Partei kritisch gegenüberstand – in unterschiedlichem Maße, versteht sich.

A.'s Druckwerk erhält sein voluminöses Aussehen erst durch die Beifügung weiterer Dokumente aus seinem Privatarchiv – die sind nicht ohne Interesse für Zeitgeschichte, aber von weit weniger Gewicht als die Vorlage vom 9. Oktober 1989. Ein abschließender Essay über den Sozialismus als bloße Utopie ist für den Autor als Selbstverständigung sicher von Bedeutung – für die Zeitgeschichtsforschung dagegen obsolet.

Kurt Wernicke

Wolfgang Harich: Nicolai Hartmann. Der erste Lehrer. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs, Band 10, Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer, Tectum Verlag Baden-Baden 2018, 994 S., ISBN 978-3-8288-4124-6

Wolfgang Harich wählte bei seinem Lehrer Nicolai Hartmann das einzige moderne philosophische System bürgerlicher Provenienz, das dazu geeignet sei, den Marxismus weiterzuentwickeln. Für ihn, der den Marxismus als weltanschauliche Grundlage einer Kultur für zu schmal hielt, kam es darauf an, diesen durch Hartmann gleichsam fundamentalphilosophisch zu stützen.

H.'s Schaffen in den 80er Jahren wurde im Wesentlichen geprägt durch seine Auseinandersetzung mit Nicolai Hartmann. Ausgelöst durch tagesaktuelle Anforderungen wurden seine Studien

mehrfach unterbrochen durch die Beschäftigung mit der Anthropologie Arnold Gehlens und dem Kampf gegen Friedrich Nietzsche, wozu er sich herausgefordert fühlte. Eine besondere Rolle spielte seit den 50er Jahren in Fragen der Philosophie und Literaturgeschichte Georg Lukacs. Zu diesem war er von Hartmann aus „übergegangen“, d.h. Hartmanns materialistische und atheistische Philosophie hatte Harich zugänglich gemacht für den Marxismus und die Werke von Lukacs.

Der Akademie Verlag zahlte H. für die Hartmann-Studien zwar ein Stipendium bis zur Höchstgrenze dessen, was ein Invalidenrentner dazu verdienen durfte, zögerte aber den Abschluss eines Verlagsvertrages immer wieder aufs Neue hinaus. So ist es verständlich, dass H. am 3. April 1989 einen Brief an diesen Verlag schrieb: „Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich jede Beziehung zu Ihnen mit sofortiger Wirkung abbreche.“ (S.44)

Nach der Wende überließ Harich zwei Manuskripte seiner Hartmann-Studien dem Philosophen Martin Morgenstern zur freien Verfügung, die dieser in den Jahren 2000 und 2004 im Würzburger Verlag Königshausen & Neumann herausgab. Andreas Heyer gebührt das Verdienst, die Hartmann-Studien als Gesamtwerk veröffentlicht zu haben. Zu fragen ist allerdings, warum der Name Morgenstern im Personenregister nicht auftaucht.

Siegfried Prokop

Christoph Stamm: Wem gehören die Akten der SED? Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der Sozialistischen Einheitspartei

Deutschlands nach 1990 (= Schriften des Bundesarchivs 79), Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2019, 190 S., ISBN 978-3-7700-1638-9.

Die Auseinandersetzungen um die Sicherung der Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR, zuvörderst des Zentralen Parteiarchivs der SED/PDS, haben in der Literatur einen vergleichsweise umfänglichen Niederschlag gefunden. Dabei handelt es sich jedoch vorzugsweise um Schilderungen und Wertungen, die von unmittelbar beteiligten Personen verfasst wurden – vor allem von Verantwortlichen des Bundesarchivs, von Vertretern des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, des hier angesiedelten Zentralen Parteiarchivs (ZPA) wie auch unseres Förderkreises. Der Autor hat mit der vorliegenden Veröffentlichung die Quellenbasis wesentlich erweitert, vor allem durch die Auswertung von Akten und die Konsultation von Zeitzeugen aus den Bereichen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR und deren Projektgruppe Archive, des Bundeskanzleramtes, des Ministeriums des Innern, von Ausschüssen des Deutschen Bundestages, der Volkskammer DDR und der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, der SPD und ihres ostdeutschen Ablegers SDP, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Archivs Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ihm gebührt das Verdienst, nicht nur die bereits vorliegenden Informationen zusammengeführt, sondern die Positionierungen, Handlungsstrategien und Initiativen aller

Beteiligten detaillierter als bisher geschehen zu belegen und die Interaktionen genauer zu verdeutlichen.

Hatten sich die Auffassungen bald angenähert, dass die im ZPA vereinigten Materialien von hohem Wert und unverzichtbarer Aussagekraft sind, weshalb sie unbedingt erhalten und zugänglich bleiben müssten, so gingen die Meinungen weit auseinander, in welchen Strukturen und unter wessen Verantwortung dies zu geschehen habe. Als Kernproblem erwies sich die Frage, ob sich für die erweiterte Bundesrepublik angesichts der Stellung und Rolle der SED im Staate DDR ein Anspruch ergibt, deren Archiv in Gänze oder in seinen Hauptbestandteilen zu staatlichen Schriftgut zu erklären, zu konfiszieren und in das Bundesarchiv einzugliedern. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber nun erfahren wir mehr über das Agieren bestimmter Institutionen und Personen wie auch über die intern und extern teils kontrovers vorgetragenen Standpunkte. Es waren fachliche Einwände von Experten, juristische Hürden und vor allem wohl die Intervention Gorbatschows, die einen von maßgeblicher Seite angestrebten Willkürakt verhinderten.

Der Autor beginnt mit einer detaillierten Darstellung der Entwicklung des ZPA, das erst in Durchführung der Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees der SED vom 8. April 1963 tatsächlich den Charakter des zentralen Archivs der Partei annahm, allerdings mit sehr begrenzten Möglichkeiten seiner Nutzung. Mit den gesellschaftspolitischen Umbrüchen des Jahres 1989/1990 gerieten Archiv und Bibliothek und das nun als Institut für Ge-

schichte der Arbeiterbewegung agierende ehemalige Institut für Marxismus-Leninismus in arge Turbulenzen und sahen einer ungewissen Zukunft entgegen. Die in dieser Situation hervortretenden, sich nach den Märzahlen 1990 erheblich verstärkenden Gefährdungen und die Abfolge der Varianten, mit denen diesen zu begegnen versucht wurde, werden vom Autor quellengesättigt beschrieben. Aufmerksamkeit verdienen hier vor allem die von der neuen Leitung der Staatlichen Archivverwaltung der DDR vorgetragenen, bisher weniger beachteten Bestrebungen, die Überlieferungen der SED ins Staatsarchiv zu übernehmen. Das stieß im Kabinett de Maizière allerdings auf juristische Bedenken, und schließlich scheiterte auch ein in der Volkskammer vorgetragener Vorstoß zur Enteignung des ZPA, weshalb eine verbindliche Regelung im sogenannten „Einigungsvertrag“ unterblieb.

Die Bestrebungen, gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung einen gemeinnützigen paritätischen Trägerverein zu etablieren, in den die PDS ihr Archiv, die damit verbundene Bibliothek und die Technischen Werkstätten einbringt, bilden den nächsten Schwerpunkt der Darstellung. Der Erkenntniszugewinn erwächst daraus, dass wir nun auch mehr über die Erwägungen und Entscheidungen der sozialdemokratischen Seite und über ihre Gründe für die Abkehr von diesem Projekt erfahren. Es fehlte nicht nur eine verbindliche Zusage zur Finanzierung durch den Staat; es existierten innerhalb der Sozialdemokratie auch prinzipielle Abwehr-

haltungen gegen jedwede Kooperation mit der PDS.

Gut belegt sind die Vorgänge, die schließlich zu Ergänzungen des Bundesarchivgesetzes und zur Bildung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO-BArch) im Rahmen des Bundesarchivs führten. Dabei wurden die unvereinbaren Standpunkte in der Eigentumsfrage durch eine salvatorische Klausel überbrückt, in der sowohl die Rechtsauffassung der Bundesrepublik als auch die der PDS wiedergegeben wurden. Rechtlich mögliche Unterscheidungen zwischen staatlichen und partei- oder organisationsamtlichen Unterlagen sollten zu keiner körperlichen Trennung führen. Die so gefundene Kompromisslösung stieß auf heftigen Widerstand der innerhalb der PDS etablierten Interessengemeinschaft Archive und Bibliotheken, die aber mit ihren Anträgen auf dem 2. Parteitag der PDS nicht durchkam und dennoch weiterhin ihre ablehnende Haltung durchzusetzen suchte. Allerdings waren mit den zwischen Innenministerium und PDS erzielten Grundsatzentscheidungen nicht alle Steine aus dem Weg geräumt. Selbst das Bundesministerium des Innern hatte große Mühe, der Treuhandanstalt und der Unabhängigen Kommission die Freigabe der Finanzmittel für den nun geschaffenen Verbund Archiv, Bibliothek und Technische Werkstätten abzurufen. Äußerst belastend wirkte sich der martialische Polizeieinsatz vom 31. März 1992 aus, welcher angeblich der Sicherung von Beweismaterial für den Prozess gegen Mitglieder des Politbüros gedient haben soll. All das finden wir ausführlich an-

hand von Quellen dargestellt, die zu beträchtlichen Teilen erst vom Autor erschlossen worden sind.

Während die SAPMO-BArch am 4. Januar 1993 ihre Arbeit aufnahm, setzten sich die Auseinandersetzungen um den Verbleib der Bezirksparteiarchive der SED noch längere Zeit fort, bis ihre Eingliederung in die regionalen staatlichen Archive erfolgte. Auch blieb die Inbesitznahme des Archivs der CDU(Ost) durch die Konrad-Adenauer-Stiftung und des Archivs der LDPD durch die Friedrich-Naumann-Stiftung ein strittiger Punkt. Aus der Darstellung geht hervor, wie sehr sich kompetente Fachleute darüber im Klaren waren, dass damit gegen das Bundesarchivgesetz und den Stiftungserlass verstoßen wurde.

Aus dem Dokumentenanhang sei neben dem Abdruck der bereits wiederholt veröffentlichten Schlüsseldokumente vor allem auf die Auszüge aus dem Protokoll der 13. Sitzung des Innenausschusses des Bundestags vom 28. August 1991 verwiesen.

Aber wie beantwortet sich denn nun die im Buchtitel gestellte Frage „Wem gehören die Akten der SED?“ Das muss der Leser selbst herausfinden. Der Autor informiert über jegliches Für und Wider, aber er hält sich mit einem definitiven Urteil zurück. Jedenfalls waren die schließlich vereinbarten, inzwischen weithin akzeptierten Lösungen schwer genug zu finden und zu realisieren, als dass sie mit Konstrukten wie einem Archivzentrum zur SED-Diktatur wieder infrage gestellt werden sollten.

Günter Benser